

Vorhaben 19 Abschnitt Süd – 1

Philippsburg – Daxlanden

Register 18.1

Anträge nach Naturschutz- und Wasserrecht



Vorhaben 19 Abschnitt Süd – 1 Philippsburg – Daxlanden

Register 18.1

Anträge nach Naturschutz- und Wasserrecht

Stuttgart, Juni 2024

Auftraggeber: **TransnetBW GmbH**
Pariser Platz / Osloer Straße 15-17
70173 Stuttgart

Auftragnehmer: **GÖG - Gruppe für ökologische Gutachten GmbH**
Dreifelderstraße 28
70599 Stuttgart
www.goeg.de

Projektleitung: Sabrina König (Dipl.-Ing. Landeskultur/Umweltschutz, Landschaftsarchitektin)
Lukas von der Au (M.Sc. Umweltplanung und Recht)

Bearbeitung: Sabrina König (Dipl.-Ing. Landeskultur/Umweltschutz, Landschaftsarchitektin)
Maren Niehues (M.Sc. Environmental Sciences)
Lukas von der Au (M.Sc. Umweltplanung und Recht)
Kathrin Weiner (Dipl.-Ing.(TU) Landschaftsarchitektur, Landschaftsarchitektin)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Anträge bezüglich Naturschutzrecht	8
2.1	Naturschutzgebiete	8
2.1.1	Naturschutzgebiet Burgau (2.122)	8
2.1.2	Naturschutzgebiet Altrhein Kleiner Bodensee (2.081)	13
2.2	Landschaftsschutzgebiete	18
2.2.1	Landschaftsschutzgebiet Birkenbruch (2.15.018)	18
2.2.2	Landschaftsschutzgebiet Hardtwald nördlich von Karlsruhe (2.15.014)	21
2.2.3	Landschaftsschutzgebiet Rheinaue nördlich von Karlsruhe (2.15.012)	24
2.2.4	Landschaftsschutzgebiet Burgau (2.12.019)	26
2.3	Naturdenkmale	30
2.4	Gesetzlich geschützte Biotop gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW	34
2.4.1	Rechtliche Grundlagen	34
2.4.2	Vorhabenbedingte Beeinträchtigung von gesetzlich geschützten Biotopen	35
3	Anträge bezüglich Wasserrecht	46
3.1	Wasserschutzgebiete (WSG)	47
3.1.1	Wasserschutzgebiet Dettenheim	47
3.1.2	Wasserschutzgebiet Linkenheim - Hochstetten	50
3.1.3	Wasserschutzgebiet Philippsburg, Pfiemenfeld, Mühlfeld	52
3.1.4	Wasserschutzgebiet ZV Bodensee WV- Gemeinde Dettenheim, Linkenheim-Hochstetten	54
3.2	Überschwemmungsgebiete	56
3.2.1	Überschwemmungsgebiet an der Alb	57
3.2.2	Überschwemmungsgebiet am Altrhein Kleiner Bodensee	59
3.2.3	Überschwemmungsgebiet am Pfinz-Entlastungskanal	61
3.2.4	Überschwemmungsgebiet am Saalbachkanal	62
3.3	Gewässerrandstreifen	63
3.4	Dammschutzverordnung	67
4	Literatur und Quellen	70
4.1	Fachliteratur	70
4.2	Rechtsgrundlagen und Urteile	70

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des NSG <i>Burgau</i>	9
Abbildung 2:	Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Birkenbruch</i>	19
Abbildung 3:	Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Hardtwald nördlich von Karlsruhe</i>	22
Abbildung 4:	Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Rheinaue nördlich von Karlsruhe</i>	24
Abbildung 5:	Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes <i>Burgau</i>	27
Abbildung 6:	Rückbau innerhalb des Naturdenkmal <i>Dünenvegetation</i> bei Eggenstein-Leopoldshafen	31
Abbildung 7:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Dettenheim</i>	48
Abbildung 8:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Linkenheim-Hochstetten</i>	51
Abbildung 9:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Pfriemenfeld/Mühlfeld</i>	53
Abbildung 10:	Vorhaben im Bereich des WSG <i>Bodensee WV- Gemeinde Dettenheim, Linkenheim-Hochstetten</i>	55
Abbildung 11:	Überschwemmungsgebiet an der Alb (nördlicher Teil) im Bereich des Vorhabens	57
Abbildung 12:	Überschwemmungsgebiet an der Alb (südlicher Teil) im Bereich des Vorhabens	58
Abbildung 13:	Überschwemmungsgebiet am Altrhein Kleiner Bodensee im Bereich des Vorhabens	60
Abbildung 14:	Überschwemmungsgebiet am Pfinz-Entlastungskanal im Bereich des Vorhabens	62
Abbildung 15:	Lagebild zum Vorhaben im Bereich Querung Kleiner Bodensee: oberes Bild Übersicht Querung kleiner Bodensee, unteres Bild Detaildarstellung bauzeitliche Vorhabenflächen im südöstlichen Bereich	68

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG <i>Burgau</i>	10
Tabelle 2:	Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG <i>Altrhein Kleiner Bodensee</i>	15
Tabelle 3:	Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG <i>Burgau</i>	32
Tabelle 4:	Ausnahmen für magere Flachland-Mähwiesen im Eingriffsbereich	37
Tabelle 5:	Ausnahmen für gesetzlich geschützte Biotop im Eingriffsbereich	40
Tabelle 6:	Ausnahmen für Streuobst im Eingriffsbereich	45
Tabelle 7:	Berechnung zu Retentionsraum bei Überschwemmungsgebiet an der Alb	59
Tabelle 8:	Berechnung zu Retentionsraum bei Überschwemmungsgebiet an der Alb	61
Tabelle 9:	Eingriffsfläche im Gewässerrandstreifen	66

1 Einleitung

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220-kV auf 380-kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Das Vorhaben, das in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als Vorhaben Nr. 19 geführt wird, soll dabei als eine Netzverstärkung auf der Strecke zwischen Urberach, südlich von Frankfurt am Main (Hessen) und Karlsruhe-Daxlanden (Baden-Württemberg) erfolgen.

Die vorliegenden Anträge beziehen sich auf den Planfeststellungsabschnitt (PFA) Vorhaben 19 Süd – 1, welcher von Philippsburg bis Karlsruhe-Daxlanden verläuft und eine Streckenlänge von 31 km aufweist.

Die Unterlagen zu den erforderlichen Anträgen werden nach Themengebieten in die folgenden zwei Kapitel gegliedert:

- Naturschutzrecht (Kapitel 2) und
- Wasserrecht (Kapitel 3).

In den jeweiligen Kapiteln werden die notwendigen Anträge bezüglich der gesetzlichen Regelungen gebündelt.

2 Anträge bezüglich Naturschutzrecht

Im Folgenden werden die Anträge nach Naturschutzrecht im Hinblick auf die vom Vorhaben betroffenen Schutzgebiete (Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale und gesetzlich geschützte Biotope) gesammelt aufgeführt.

2.1 Naturschutzgebiete

Naturschutzgebiete (NSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, die gemäß § 23 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) unter Schutz gestellt sind und in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
3. wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit.

In Naturschutzgebieten sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, gemäß § 23 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG verboten.

Nachfolgend wird auf die Naturschutzgebiete, die im Eingriffsbereich des Vorhabens liegen, näher eingegangen.

2.1.1 Naturschutzgebiet Burgau (2.122)

Das NSG *Burgau* (2.122) umfasst eine Fläche von ca. 291 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 02. November 1989 (NSG/LSG-VO Burgau) festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Naturschutzgebietes

Im Bereich Maxau bzw. Knielingen ist ab Mast 012A der Anlage 7100 keine Bündelung mit der parallel verlaufenden Anlage 7520 mehr möglich. Im Bestand verläuft die Anlage 7520 mit zwei 380-kV Stromkreisen und einem 110-kV Stromkreis am östlichen Rand der Schutzgebiete Vogelschutzgebiet DE 7015-441 *Rheinniederung Elchesheim - Karlsruhe*, FFH-Gebiet DE 7015-341 *Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe* sowie Landschafts- und Naturschutzgebiet *Burgau*. Diese Gebiete werden zudem im Bestand durch eine zweite Trasse, die bestehende Anlage 5100, mit zwei 220-kV Stromkreisen und einem 110-kV Stromkreis nahezu mittig gequert. Diese Bestandstrasse verläuft innerhalb von Gehölzen in einer Waldschneise, welche für den geplanten Ersatzneubau genutzt werden soll.

Von Mast 012A bis Mast 004A der Anlage 7100 soll der bestehende Trassenraum der Anlage 5100 weitestgehend genutzt werden. Um die für eine 380-kV erforderlichen technischen Ansprüche zu gewährleisten, ist ein Ersatzneubau vorgesehen. Die Trassenachse wird dabei bis zum Mast 008A leicht versetzt, um technische Einschränkungen in der Baubarkeit zu reduzieren. Im Gegensatz zum Bestand soll die Anzahl der Traversenebenen von drei auf zwei reduziert werden, indem der bislang dort mitgeführte 110-kV Stromkreis auf Anlage 7520 verlegt wird (vgl. Folgemaßnahme).

Bei der Querung des NSG *Burgau* soll die vorhandene Waldschneise weitestgehend genutzt werden. Innerhalb des NSG ist ein Rückbau von fünf Masten vorgesehen (Mast 004 bis 008, Anlage 5100). Gleichzeitig werden fünf Masten neugebaut (Mast 004A bis 008A, Anlage 7100).

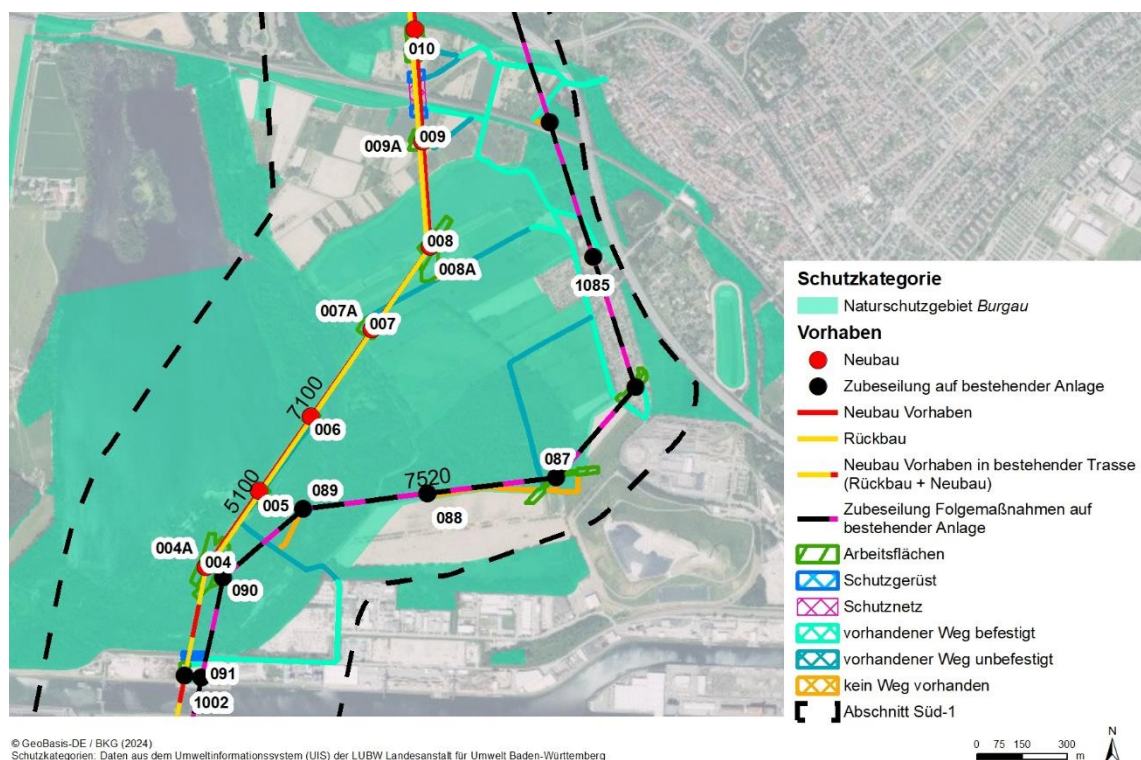


Abbildung 1: Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des NSG *Burgau*

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Für das Naturschutzgebiet *Burgau* wurden gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung folgende Schutzzwecke festgesetzt:

- die Erhaltung und Pflege eines durch den Rhein geprägten Landschaftsraumes der Jung- und Altaue mit einer Vielzahl verschiedener natürlicher und naturnaher Biotoptypen wie Feuchtbiotope mit offener Wasserflächen, Schwimmblattzonen, Röhrichtzonen und Flachwasserzonen, Steilufer, Riede, Tümpel, Gräben,

Feuchtwiesen, Wiesengesellschaften, Streuobstwiesen, Ackersaumgesellschaften, Gebüsche, Hecken, Waldbiotope, Trocken- und Ruderalstandorte sowie Rohbodenbiotope

- die Erhaltung und Förderung der für die Rheinniederung typischen und an unterschiedliche Feuchtigkeit hinsichtlich Grundwasserstand und Rheinhochwasser angepassten Vegetation mit zahlreichen, spezialisierten, gefährdeten bis vom Aussterben bedrohten Pflanzenarten
- die Erhaltung und Förderung der auf diese vielfältigen Biotope angewiesenen typischen Tierwelt, deren Schutzwürdigkeit durch das Vorkommen zahlreicher vom Aussterben bedrohter Insekten-, Amphibien- und Vogelarten besonders hoch ist
- die Erhaltung der letzten Reste der früher ausgedehnten Grünlandflächen in der Rheinniederung als Lebensraum bestimmter spezialisierter Tier- und Pflanzenarten
- die Erhaltung und Pflege der zahlreichen, biologisch vielfältigen, sekundären Feuchtgebiete (überwiegend Kiesgruben), die sich zu Lebensräumen von hoher ökologischen Bedeutung in der Kulturlandschaft entwickelt haben
- die Erhaltung von Trockenbiotopen mit der hierauf angewiesenen, typischen Tier- und Pflanzenwelt, deren Schutzwürdigkeit durch das Vorkommen zahlreicher Insekten-, Spinnen- und Vogelarten sowie wärmeliebender Pflanzenarten besonders hoch ist
- die Sicherung und Offenhaltung der für durchziehende und überwinternde Vogelarten wesentlichen ausgedehnten Niederungsflächen als international bedeutende Rast- und Nahrungsräume

Gemäß § 4 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können. In Tabelle 1 sind die durch das Vorhaben ggf. entstehenden verbotenen Handlungen aufgeführt.

Tabelle 1: Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG *Burgau*

SchutzgebietsVO	Verbotene Handlungen (Es ist verboten...)	Erfüllung der verbotenen Handlung durch das Vorhaben
§ 4 Abs. 1 Nr. 1	...bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen.	Der Neubau von fünf Masten 004A bis 008A (Anlage 7100) innerhalb der Schutzgebietskulisse ist als bauliche Anlage anzunehmen.

§ 4 Abs. 1 Nr. 2	...Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.	Während der Bauzeit wird die Anlage von Zuwegungen bzw. die Befestigung vorhandener Wege zu den Baustelleneinrichtungsflächen erforderlich. Demensprechend werden vorhandene Weg angelegt bzw. verändert.
§ 4 Abs. 1 Nr. 3	...die Bodengestalt zu verändern.	Im Zuge der Bautätigkeit für den Neubau von fünf Masten 004A bis 008A (Anlage 7100) ist eine Veränderung der Bodengestalt temporär erforderlich.
§ 4 Abs. 1 Nr. 4	...oder stehende Gewässer zu schaffen, zu beseitigen, zu verändern sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt des Gebietes verändern.	An den fünf Masten 004A und 006A bis 008A (Anlage 7100) ist eine Bauwasserhaltung geplant (vgl. Tabelle 19 in Register 14). Insofern ist eine Entwässerung erforderlich.
§ 4 Abs. 1 Nr. 5	...Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern.	Während der Bauzeit ist es unumgänglich im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen Gegenstände zu lagern.
§ 4 Abs. 1 Nr. 7	...Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.	Im Rahmen der Baufeldfreimachung kann eine Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Pflanzen oder Pflanzenteilen nicht ausgeschlossen werden.
§ 4 Abs. 1 Nr. 8	... (...) wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören (...).	Eine Entfernung, Beschädigung oder Zerstörung von Nestern oder sonstigen Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten wildlebender Tiere kann im Rahmen der Baufeldfreimachung (etwa Eingriff in Eichenwald mit potenziellen Nistmöglichkeiten für Vögel) nicht ausgeschlossen werden.
§ 4 Abs. 1 Nr. 13	...das Schutzgebiet außerhalb von befestigten Wegen mit Ausnahme des Rheinvorlandes von Strom-km 360,5 bis 362 zu betreten.	Ein Betreten der Schutzgebietskulisse wird im Rahmen der Bautätigkeit auch außerhalb der befestigten Wege vonnöten sein.

§ 4 Abs. 1 Nr. 14	...die Wege mit Fahrzeugen aller Art (ausgenommen Fahrräder ohne Hilfsmotor und Rollstühle) zu befahren.	Das Befahren von Wegen mit Baustellenfahrzeugen wird, um das Vorhaben umzusetzen, innerhalb der Schutzgebietskulisse auf den angegebenen Zuwegungen erforderlich sein.
§ 4 Abs. 1 Nr. 18	...Gehölze, Hecken und Sträucher zu beseitigen, zu zerstören oder zu ändern.	Im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen sind derzeit teilweise Gehölze, Hecken und Sträucher vorhanden. Diese sind im Zuge der Baustellenfreimachung zu entfernen, um eine Umsetzung des Vorhabens zu gewährleisten.

Es werden keine weiteren Handlungen vorgenommen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können.

Die verbotenen Handlungen (vgl. Tabelle 1) sind bis auf die Errichtung von baulichen Anlagen in Form von fünf Masten lediglich für die Bauzeit erforderlich. Als Vorbelastung ist die bestehende Freileitung zu nennen. Deren fünf Masten werden im Zuge des Vorhabens zurückgebaut. Durch die fünf Neubaumasten kommt es zu einer punktuellen Versiegelung im Bereich der Mastfundamente. Als Ausgleich ist hier der Rückbau der bestehenden Mastfundamente zu nennen. Hinsichtlich des Schutzes besonders geschützter Arten gemäß § 3 Schutzzweck der Verordnung, ist davon auszugehen, dass die Prüfung in anderen Fachbeiträgen (vgl. Register 11.1, Register 12, Register 13.6 und 13.7) differenziert erfolgt ist und im Vergleich zum hier aufgeführten Schutzzweck als strenger anzunehmen ist. Die erfolgte Prüfung dazu führt, dass geeignete Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich festgelegt werden. Es ist unter Einbeziehung der Vorbelastung nicht davon auszugehen, dass die Umsetzung des Vorhabens in einem Widerspruch mit dem Schutzzweck gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung steht.

Öffentliches Interesse

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Der Anlage hierzu die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vorrangige Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs zugeschrieben. Die Realisierung dieses Vorhabens ist ferner aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Notwendigkeit

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten. Demnach werden mit der vorgesehenen Netzverstärkung und der Erneuerung der Versorgungsinfrastruktur der 380-kV-Netzverstärkung Weinheim - Karlsruhe Überlastungen, die aus den zu erwartenden Leistungsflüssen im Zuge der Energiewende in Süddeutschland resultieren, vermieden und die Nord-Süd-Achse deutlich gestärkt. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei. Das Vorhaben ist in unter Nr. 19 der Anlage zum BBPlG aufgeführt und somit Bestandteil des Bundesbedarfsplan. Es besteht demnach gemäß § 1 Abs. 1 BBPlG die energiewirtschaftliche Notwendigkeit.

Fehlende Alternativen / Alternativlosigkeit

Eine Herausverlegung der Anlage 7100 an den Rand der Schutzgebiete in parallelem Verlauf zur Anlage 7520 wurde im Rahmen der Erstellung der § 8-Unterlagen überschlägig überprüft. Diese Trassierungsmöglichkeit wurde aufgrund der erforderlichen Flächeninanspruchnahmen in Bereichen mit stehendem Totholz und hoher Baumhöhlendichte nicht weiterverfolgt.

Es wird gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sowie § 54 Abs. 1 und 3 NatSchG BW eine Befreiung bezüglich der verbotenen Handlung (vgl. Tabelle 1), die im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens baubedingt erforderlich sind, beantragt.

2.1.2 Naturschutzgebiet Altrhein Kleiner Bodensee (2.081)

Das Naturschutzgebiet *Altrhein Kleiner Bodensee* (2.081) umfasst eine Fläche von ca. 217 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 13. Juni 1985 (NSG-VO Altrhein Kleiner Bodensee) festgesetzt und umfasst folgende Gebiete:

- Gemarkung der Stadt Karlsruhe, Stadtteil Neureut, im Gemeindewalddistrikt XVII *Unterwald* die Grundstücke Lgb. Nrn. 42894 (teilweise), 42897 (teilweise), 6599/1 (teilweise), 6600
- Gemarkung der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen, Ortsteil Eggenstein, im Gemeindewalddistrikt I *Pfeiffer* die Grundstücke Lgb. Nrn. 3602/1, 3602/3 (teilweise), 3602/4 und 3604/1 (teilweise) sowie den Altrhein *Kleiner Bodensee* und den Baggersee

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Naturschutzgebietes

Für die Querung des Kleinen Bodensees kann die von Norden kommende vierfach-Belegung mit 380-kV- Stromkreisen auf der Anlage 7520 nicht fortgesetzt werden, weil ab Mast 1070 der Anlage 7520 die unteren vorhandenen Traversenplätze mit zwei 110-kV Stromkreisen belegt sind.

Die beiden 380-kV Stromkreise von V 19 Süd-1 werden daher unmittelbar vor der Querung des Kleinen Bodensees von Mast 069A der Anlage 7520 wieder auf die Bestandssachse der Anlage 5100 geführt. Hierfür müssen Mast 7520/069 als Mast 069A sowie die entsprechenden Maste der Anlage 5100 (Mast 023, 022 und 021) als Anlage 7100 (Mast 023A, 022A und 021A) ersatzneugebaut werden. Des Weiteren ist eine Maststahlsanierung für Mast 7520/1070 geplant. Der neu gebaute Mast 7100/022A wird ca. 25 m höher als der Bestandsmast 022 der Anlage 5100. Dadurch ändern sich auch Traversenebenen, die mit der parallel verlaufenden bestehenden 380-kV/ 110-kV Anlage 7520 angeglichen werden sollen.

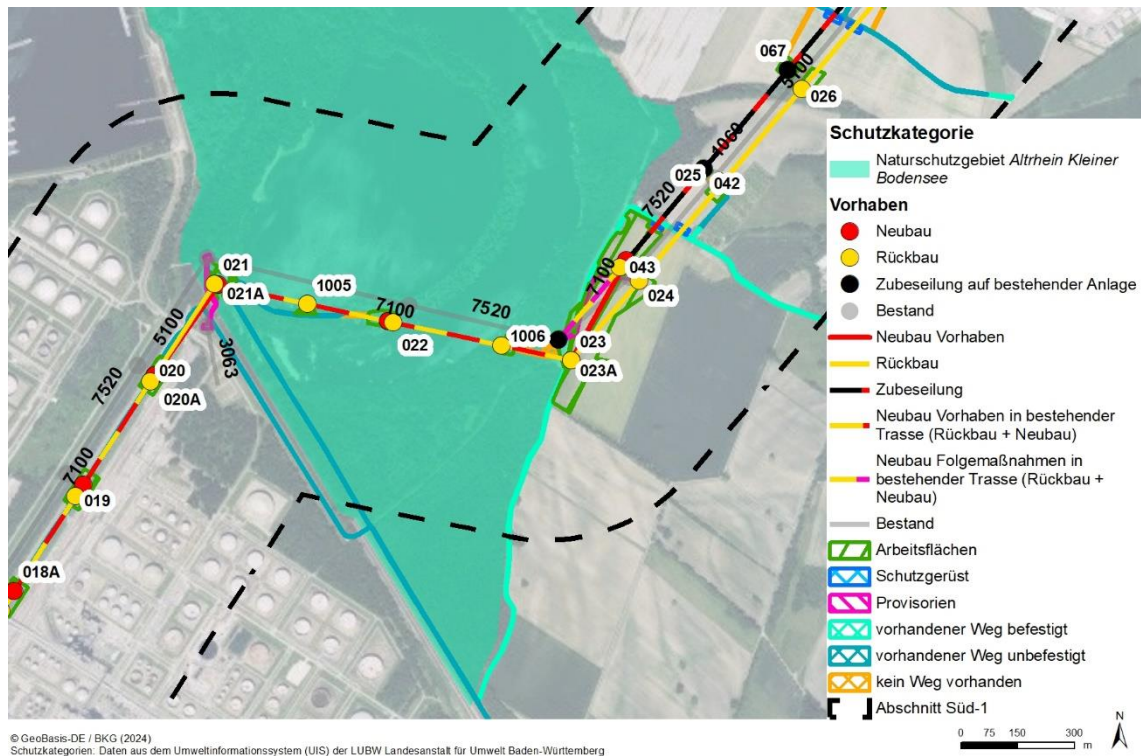
Die bestehenden 220-kV-Maste 023, 022 und 021 der Anlage 5100 werden zurückgebaut, um ausreichend Platz für den Neubau von Mast 023A, 022A und 021A der Anlage 7100 zu schaffen. Des Weiteren werden die Masten 5100/1006 und 5100/1005 zurückgebaut, weil die höheren Neubaumaste der Anlage 7100 größere Spannfeldlängen ermöglichen, sodass diese beiden Standorte nicht mehr benötigt werden.

Im Zuge des Umbaus müssen innerhalb des Schutzgebietes Bereiche für Zuwegung und als temporäre Bauflächen genutzt werden. Bei den gewässernahen Standorten (bspw. Mast 7100/022A) werden die Zuwegungen, sofern erforderlich, gespundet und geschottert, um die erforderliche Stabilität zu erreichen. Des Weiteren muss der Hochwasserdamm östlich des Kleinen Bodensees befestigt werden, um die Zufahrt zu den Maststandorten 5100/1006 und 7520/1070 zu ermöglichen (siehe Kapitel 3.4).

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Für das Naturschutzgebiet wurde nach § 3 der Schutzgebietsverordnung folgender Schutzzweck festgesetzt:

- Wesentlicher Schutzzweck ist die Erhaltung eines typischen Rheinauengebietes der Mäanderzone mit dem Altrheinarm *Kleiner Bodensee*, mit ausgedehnten Röhrichflächen sowie mit Weich- und Hartholzauenwäldern als Lebensraum zahlreicher gefährdeter Pflanzen- und Tiergemeinschaften.



Abbildu: Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des Naturschutzgebietes *Altrhein Kleiner Bodensee*

Gemäß § 4 Abs. 1 Schutzgebietsverordnung sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können. In Tabelle 2 sind die nach Schutzgebietsverordnung verbotenen Handlungen aufgeführt, die im Zuge der Umsetzung des Vorhabens ggf. erforderlich werden.

Tabelle 2: Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG *Altrhein Kleiner Bodensee*

SchutzgebietsVO	Verbotene Handlungen (Es ist verboten...)	Erfüllung der verbotenen Handlung durch das Vorhaben
§ 4 Abs. 2 Nr. 1	...bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen.	Der Neubau von zwei Masten 021A bis 022A (Anlage 7100) innerhalb der Schutzgebietskulisse ist als bauliche Anlage anzunehmen.
§ 4 Abs. 2 Nr. 2	...Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen an-	Während der Bauzeit wird die Anlage von Zuwegungen bzw. die Befestigung vorhandener

	zulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.	Wege zu den Baustelleneinrichtungsflächen erforderlich. Demensprechend werden Weg angelegt bzw. verändert.
§ 4 Abs. 2 Nr. 3	...die Bodengestalt zu verändern.	Im Zuge der Bautätigkeit für den Neubau von zwei Masten 021A bis 022A (Anlage 7100) ist eine Veränderung der Bodengestalt temporär erforderlich.
§ 4 Abs. 2 Nr. 4	...fließende oder stehende Gewässer zu schaffen, zu beseitigen, zu verändern sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt des Gebietes verändern.	An den zwei Masten 021A und 022A (Anlage 7100) ist eine Bauwasserhaltung geplant (vgl. Tabelle 19 in Register 14). Insofern ist eine Entwässerung erforderlich.
§ 4 Abs. 2 Nr. 5	...Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern.	Während der Bauzeit ist es unumgänglich im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen Gegenstände zu lagern.
§ 4 Abs. 2 Nr. 7	...Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.	Im Rahmen der Baufeldfreimachung kann eine Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Pflanzen oder Pflanzenteilen nicht ausgeschlossen werden.
§ 4 Abs. 2 Nr. 8	... (...) Tiere einzubringen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu beringen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn-, Rast-, Nahrungs- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören, (...).	Eine Entfernung, Beschädigung oder Zerstörung von Nestern oder sonstigen Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten wildlebender Tiere kann im Rahmen der Baufeldfreimachung (etwa Eingriff in Eichenwald mit potenziellen Nistmöglichkeiten für Vögel) nicht ausgeschlossen werden.

§ 4 Abs. 2 Nr. 13

...das Schutzgebiet außerhalb von befestigten Wegen zu betreten

Ein Betreten der Schutzgebietskulisse wird im Rahmen der Bautätigkeit auch außerhalb der befestigten Wege vonnöten sein.

Die verbotenen Handlungen (vgl. Tabelle 2) sind bis auf die Errichtung von baulichen Anlagen in Form von zwei Masten lediglich für die Bauzeit erforderlich. Als Vorbelastung ist die bestehende Freileitung zu nennen. Deren vier Masten werden im Zuge des Vorhabens zurückgebaut. Durch die zwei Neubaumasten kommt es zu einer punktuellen Versiegelung im Bereich der Mastfundamente. Als Ausgleich ist hier der Rückbau der bestehenden Mastfundamente der vier entfallenden Maste zu nennen. Hinsichtlich des Schutzes besonders geschützter Arten gemäß § 3 Schutzzweck der Verordnung, ist davon auszugehen, dass die Prüfung in anderen Fachbeiträgen (vgl. Register 11.1, Register 12, Register 13.6 und 13.7) differenziert erfolgt ist und im Vergleich zum hier aufgeführten Schutzzweck als strenger anzunehmen ist. Die erfolgte Prüfung dazu führt, dass geeignete Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich festgelegt werden. Es ist unter Einbeziehung der Vorbelastung nicht davon auszugehen, dass die Umsetzung des Vorhabens in einem Widerspruch mit dem Schutzzweck gemäß § 3 Schutzgebietsverordnung steht.

Öffentliches Interesse

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Der Anlage hierzu die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs zugeschrieben. Die Realisierung dieses Vorhaben ist ferner aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Notwendigkeit

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten. Demnach werden mit der vorgesehenen Netzverstärkung und der Erneuerung der Versorgungsinfrastruktur der 380-kV-Netzverstärkung Weinheim - Karlsruhe Überlastungen, die aus den zu erwartenden Leistungsflüssen im Zuge der Energiewende in Süddeutschland resultieren, vermieden und die Nord-Süd-Achse deutlich gestärkt. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes

sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei. Das Vorhaben ist in unter Nr. 19 der Anlage zum BBPlG aufgeführt und somit Bestandteil des Bundesbedarfsplan. Es besteht demnach gemäß § 1 Abs. 1 BBPlG die energiewirtschaftliche Notwendigkeit.

Fehlende Alternativen / Alternativlosigkeit

Eine Herausverlegung der Anlage 7100 an den Rand der Schutzgebiete in parallelem Verlauf zur Anlage 7520 wurde im Rahmen der Erstellung der § 8-Unterlagen überschlägig überprüft. Diese Trassierungsmöglichkeit wurde aufgrund der erforderlichen Flächeninanspruchnahmen in Bereichen mit stehendem Totholz und hoher Baumhöhlendichte nicht weiterverfolgt.

Es wird gemäß § 7 der Schutzgebietsverordnung in Verbindung mit § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG sowie § 54 Abs. 1 und 3 NatSchG BW eine Befreiung bezüglich der verbotenen Handlung (vgl. Tabelle 2), die im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens baubedingt erforderlich sind, beantragt.

2.2 Landschaftsschutzgebiete

Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, die gemäß § 26 Abs. 1 BNatSchG eines besonderen Schutzes von Natur und Landschaft

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder
3. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung

bedürfen. In solchen Landschaftsschutzgebieten sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen (§ 26 Abs. 2 BNatSchG).

Nachfolgend wird auf die Landschaftsschutzgebiete, die im Eingriffsbereich des Vorhabens liegen, näher eingegangen.

2.2.1 Landschaftsschutzgebiet Birkenbruch (2.15.018)

Das LSG *Birkenbruch* 2.15.018 erstreckt sich über eine Fläche von ca. 22 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Landratsamtes Karlsruhe vom 15. Oktober 1962 (Sammelverordnung LSG 7.12 - 7.24) festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Im Bereich der Masten 056 und 057 (Rückbau) bzw. 035 und 036 (Bestand, Zubeseilung) quert die Leitungsanlage das Landschaftsschutzgebiet *Birkenbruch*. Dabei liegen die genannten Masten außerhalb des Schutzgebiets, es wird nur durch die Leitungsstränge überspannt.

Die Anlage 7520 trägt im Bestand zwei 380-kV-Stromkreise. In südliche Richtung sollen die beiden 380-kV-Stromkreise von Vorhaben 19 PFA Süd-1 von Mast 003 bis 055B der Anlage 7520 nach Süden als Zubeseilung installiert werden, weil hier noch Plätze an den vorhandenen Traversen frei sind. Dabei wird die bisher freie untere Traversenebene neu belegt.

Die bestehende 220-kV-Freileitung Anlage 5100 wird nicht mehr benötigt und zurückgebaut.

Zwischen den Masten 035 und 036 überspannt die Anlage 7520 das LSG auf einer Länge von ca. 130 m. Die Anlage 5100 überspannt das LSG auf einer Länge von ca. 70 m zwischen den Masten 056 und 057. Die Masten befinden sich allesamt außerhalb des LSG. Innerhalb der Schutzgebietskulisse sind keine Zuwegungen, Arbeitsflächen oder Schutzgerüste geplant. Jedoch ist im Bereich der Querung von Anlage 7520 nach Umsetzung der Planung ein Rückschnitt erforderlich.

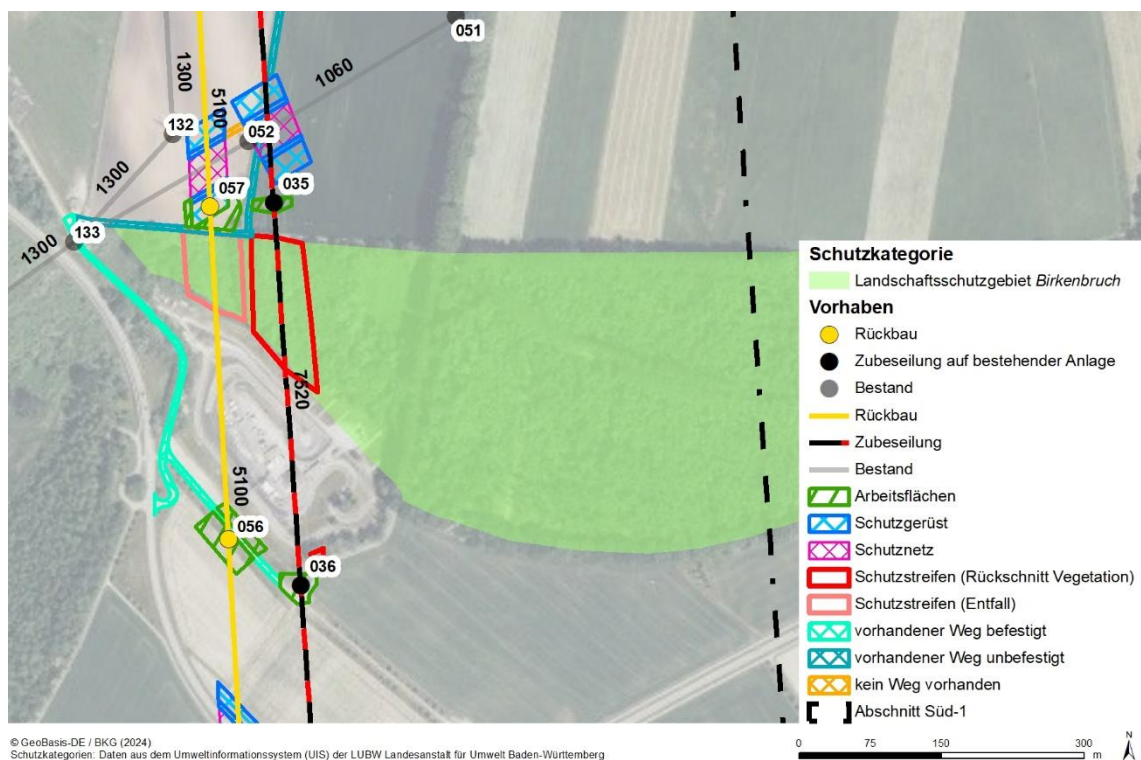


Abbildung 2: Eingriffsbereiche im Umfeld der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes *Birkenbruch*

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Für das Schutzgebiet wurde laut § 2 der Schutzgebietsverordnung folgende Schutzvorschrift festgesetzt:

- In dem in § 1 genannten Schutzbereich ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.

Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung der Erlaubnis des Landratsamts Karlsruhe. Dem Erlaubnisvorbehalt unterliegt u.a. folgende durch das Vorhaben ausgelöste Handlung.

- a) (...) bestehende Bauwerke verändern, auch wenn hierzu eine baurechtliche Genehmigung nicht erforderlich ist,
- d) freie Leitungen und Kabel aller Art verlegen

Die aufgeführte Handlung ist im Rahmen des Projektes im dargestellten Maß unbedingt erforderlich. Hiermit ist die Zubeseilung auf bestehender Anlage 7520 gemeint. In diesem Zusammenhang ist aufgrund der Nutzung der unteren Traversenebene auch eine angepasste Wuchshöhenbeschränkung in einem Bereich innerhalb der Schutzgebietskulisse erforderlich. Auch der Rückbau zwischen den Masten 057 und 056 Anlage 5100 wird mitberücksichtigt, da damit die Veränderung bestehender Bauwerke im näheren Umfeld der Schutzgebietskulisse einhergeht. Nach § 3 Satz 3 der Schutzgebietsverordnung ist eine Erlaubnis zu erteilen, wenn die verändernden Maßnahmen nicht den Verboten des § 2 widersprechen.

Schädigung der Natur

Innerhalb der Schutzgebietskulisse finden keine direkten Eingriffe im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens statt. Dementsprechend sind nachhaltige Schädigungen der Natur nicht zu prognostizieren.

Beeinträchtigung des Naturgenusses

Durch Bautätigkeit im schutzgebietsnahen Bereich kann es temporär zu Lärmemissionen kommen. Hierbei handelt es sich jedoch um temporäre Einwirkungen. Nur an einzelnen Tagen ist von erhöhten Lärmwirkungen bspw. durch Baufahrzeuge auszugehen. Dementsprechend sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen des Naturgenusses zu erwarten.

Verunstaltung des Landschaftsbildes

Anlage 5100 überspannt das Landschaftsschutzgebiet auf einer Länge von etwa 75 m. Aufgrund des Rückbaus entfällt diese Überspannung sowie der dazugehörige Schutzstreifen, wodurch ein höherer Aufwuchs zugelassen wird. Bei Anlage 7520 findet in die-

sem Bereich eine Zubeseilung mit neuer Leiterseilebene statt. Hier wird im Schutzstreifen ein Rückschnitt erforderlich. Damit ist eine Aufwuchshöhenbegrenzung von max. 17 m verbunden. Insgesamt ist durch die aufgeführten Wirkungen eine geringfügige Veränderung des Landschaftsbildes zu erwarten, die jedoch keineswegs zu einer Verunstaltung führt.

Insgesamt wird festgestellt, dass das Vorhaben nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht im Widerspruch zur Schutzgebietsverordnung des LSG *Birkenbruch* steht. Es ist vorhabenbedingt weder mit einer Veränderung des Charakters des Landschaftsschutzgebietes zu rechnen, noch steht das Vorhaben dem Schutzzweck entgegen. Dementsprechend wird eine Erlaubnis hinsichtlich § 3 der Schutzgebietsverordnung beantragt.

2.2.2 Landschaftsschutzgebiet Hardtwald nördlich von Karlsruhe (2.15.014)

Das LSG *Hardtwald nördlich von Karlsruhe* 2.15.014 erstreckt sich über eine Fläche von ca. 3.075 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Landratsamtes Karlsruhe vom 15. Oktober 1962 (Sammelverordnung LSG 7.12 - 7.24) festgesetzt und umfasst große Forstflächen innerhalb der Gemeinden Eggenstein-Leopoldshafen, Graben-Neudorf, Linkenheim-Hochstetten und Stutensee.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Von Philippsburg bis Eggenstein-Leopoldshafen kann die bestehende 380-kV-Leitungsanlage 7520 für das Vorhaben genutzt werden. Durch die Nutzung vorhandener Anlagen wird keine neue oder zusätzliche dauerhafte Flächeninanspruchnahme verursacht und damit die Anzahl der Betroffenheiten sowie die Kosten reduziert. Durch die Nutzung der bestehenden 380-kV Leitungsanlage 7520 kann die zukünftig nicht mehr benötigte bestehende 220-kV-Leitungsanlage 5100 zurückgebaut werden.

Die Anlage 7520 trägt im Bestand zwei 380-kV-Stromkreise. In südliche Richtung sollen die beiden 380-kV-Stromkreise von Vorhaben 19 von Mast 003 bis 055B der Anlage 7520 nach Süden als Zubeseilung installiert werden, weil hier noch Plätze an den vorhandenen Traversen frei sind. Dabei wird die bisher freie untere Traversenebene neu belegt.

Durch die Nutzung der freien Gestängeplätze auf der Anlage 7520 kann die siedlungsnähere 220-kV Bestandsanlage 5100 von Mast 090 bis Mast 038A zurückgebaut werden. Dadurch verringert sich die Anzahl der Leitungsanlagen und Maststandorte im Trassenband.

Für die Querung des sogenannten Bürgerparks ist geplant, die bestehenden Anlagen 7520 (380-kV-Leitung mit zwei Stromkreisen) und 5100 (220-/110-kV-Gemeinschaftsleitung mit vier Stromkreisen) durch eine neue Freileitung mit vier 380-kV Stromkreisen zu ersetzen.

Hierfür müssen die vorhandenen parallel verlaufenden Freileitungen (Mast 056 und 057 der Anlage 7520 sowie Mast 036 und 037 der Anlage 5100) zurückgebaut, die beiden derzeit auf Anlage 5100 vorhandenen 110-kV-Stromkreise verkabelt und die Maste 056A und 057A neu errichtet werden.

Im Bereich der Masten 037 bis 038b (Rückbau) bzw. 054 bis 056a (Bestand, Zubeseilung) quert die Leitungsanlage das Landschaftsschutzgebiet *Hardtwald nördlich von Karlsruhe*. Dabei liegen die Masten 038a, 055a und 055b innerhalb des Schutzgebietes.

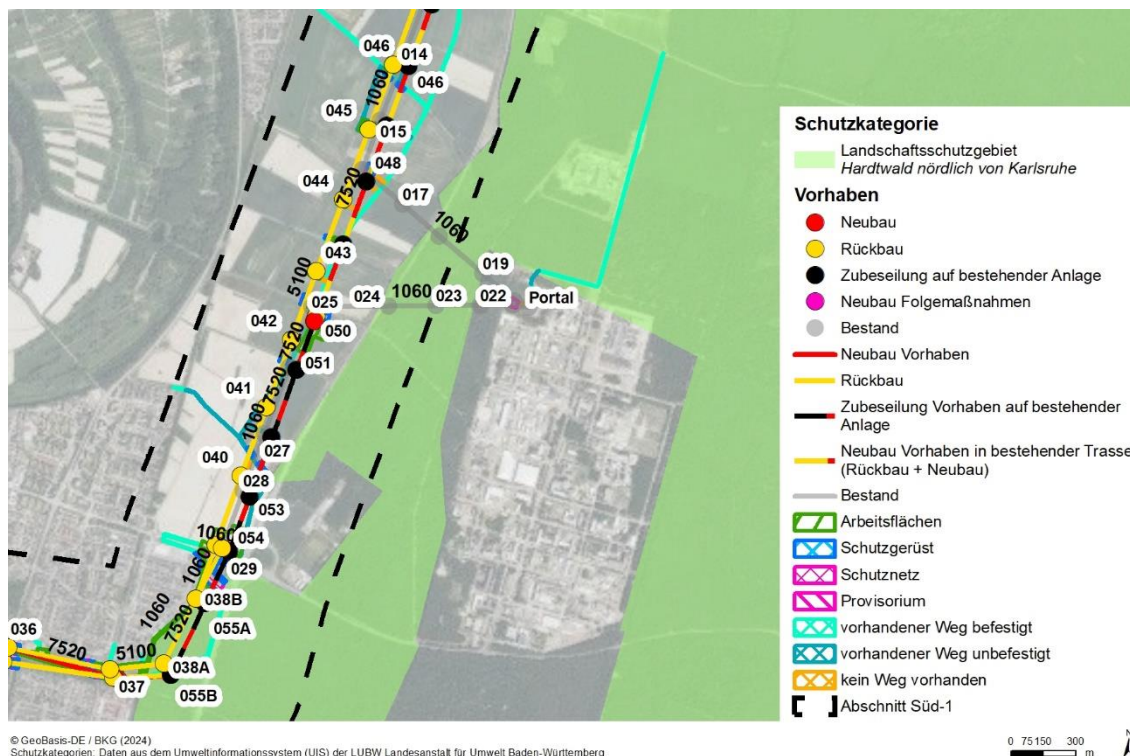


Abbildung 3: Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes *Hardtwald nördlich von Karlsruhe*

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Für das Gebiet wurde laut § 2 der Schutzgebietsverordnung folgende Schutzvorschrift festgesetzt:

- In dem in § 1 genannten Schutzbereich ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.

Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes Karlsruhe. Dem Erlaubnisvorbehalt unterliegen insbesondere folgende durch das Vorhaben ausgelöste Handlungen.

- a) Bauwerke aller Art errichten und bestehende Bauwerke verändern, auch wenn hierzu eine baurechtliche Genehmigung nicht erforderlich ist,
- d) freie Leitungen und Kabel aller Art verlegen

Im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens ist ein Rückbau von Mast 038A (Anlage 5100) erforderlich. Zudem werden die Masten 055 A und B (Anlage 7520) zubeseilt. Zwischen den Masten 055B und 056A ist eine Neubeseilung notwendig. Entlang von befestigten Wegen ist im Bereich des Rückbaumast 038A (Anlage 5100) sowie nördlich des KIT Campus Nord zu dem Portal ist eine Zuwegung erforderlich und kann ggf. mit einer Ertüchtigung einhergehen. Nördlich des Mast 055A (Anlage 7520) liegen ein Schutznetz und ein Schutzgerüst. Die oben genannten Handlungen sind bau- bzw. anlagebedingt im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens als erforderlich anzunehmen. Nach § 3 Satz 3 der Schutzgebietsverordnung ist eine Erlaubnis zu erteilen, wenn die verändernden Maßnahmen nicht den Verboten des § 2 widersprechen.

Schädigung der Natur

Während der Bauzeit finden randlich innerhalb der Schutzgebietskulisse kleinflächig Eingriffe im Bereich der bestehenden Masten bzw. durch den Rückbau statt. Hierbei sind nachhaltige Schädigungen der Natur unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Register 11) nicht zu erwarten.

Beeinträchtigung des Naturgenusses

Im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens kann es bauzeitlich zu Einschränkungen der Zugänglichkeit von Bereichen, die auch der siedlungsnahen Erholung dienen, kommen. Die daraus resultierenden Beeinträchtigungen sind als sehr gering zu prognostizieren. Anlagebedingt sind durch die Verringerung des Trassenbandes von zwei auf eine Leitungsanlage eher positive Wirkungen hinsichtlich des hier betrachteten Schutzzwecks zu erwarten.

Verunstaltung des Landschaftsbildes

Die Wirkungen des geplanten Vorhabens auf das Landschaftsbild im Schutzgebiet resultieren aus der Verringerung des Trassenbandes von zwei auf eine Anlage sowie der Zubeseilung mit neuer Leiterseilebene. Da die Masten ohnehin als technische Bauwerke wahrgenommen werden, wird durch die Zubeseilung eine sehr geringe Wirkung auf das Landschaftsbild prognostiziert.

Insgesamt wird festgestellt, dass das Vorhaben nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht im Widerspruch zur Schutzgebietsverordnung des LSG *Hardtwald nördlich von Karlsruhe* steht. Das Vorhaben verletzt nicht die Verbote gemäß § 2 der Schutzgebietsverordnung. Dementsprechend wird gemäß § 3 Satz 3 der Schutzgebietsverordnung die Erteilung einer Erlaubnis beantragt.

2.2.3 Landschaftsschutzgebiet Rheinaue nördlich von Karlsruhe (2.15.012)

Das LSG *Rheinaue nördlich von Karlsruhe* 2.15.012 erstreckt sich über eine Fläche von ca. 1.878 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Landratsamtes Karlsruhe vom 15. Oktober 1962 (Sammelverordnung LSG 7.12 - 7.24) festgesetzt und umfasst Auenflächen der Gemeinden Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen und Linkenheim-Hochstetten.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Im Bereich von Mast 064 (Zubeseilung, Anlage 7520) sowie zwischen den Masten 029 und 030 (Rückbau, Anlage 5100) quert die Leitungsanlage das Landschaftsschutzgebiet Rheinaue nördlich von Karlsruhe. Innerhalb der Schutzgebietskulisse liegen Arbeitsflächen von Mast 064 (Anlage 7520), Zuwegungen, Schutzgerüste (nördlich von Mast 029 (Anlage 5100)) und Flächen mit einer neuen Beschränkung bezüglich des Aufwuchs zwischen den Masten 063 und 064.

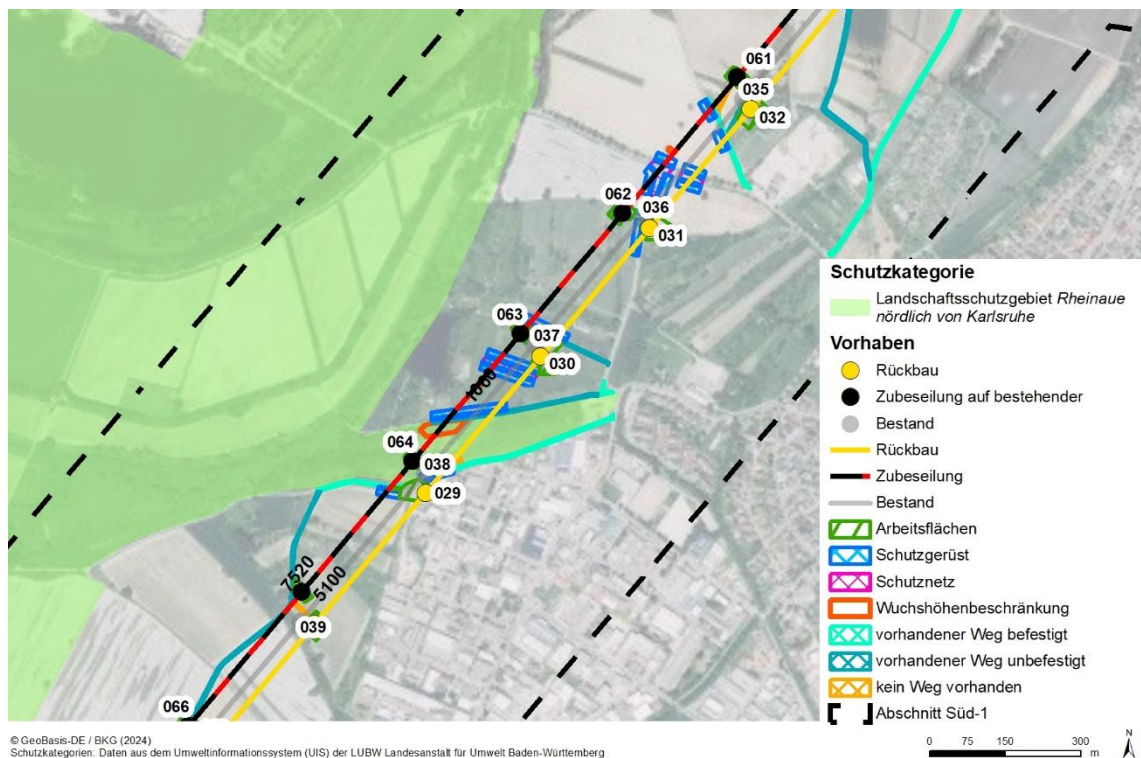


Abbildung 4: Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes *Rheinaue nördlich von Karlsruhe*

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Für das Gebiet wurde laut § 3 der Schutzgebietsverordnung folgende Schutzvorschrift festgesetzt:

- In dem in § 1 genannten Schutzbereich ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.

Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebiets verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Dem Erlaubnisvorbehalt unterliegen folgende durch das Vorhaben ausgelöste Handlungen.

- a) Bauwerke aller Art errichten und bestehende Bauwerke verändern, auch wenn hierzu eine baurechtliche Genehmigung nicht erforderlich ist,
- d) freie Leitungen und Kabel aller Art verlegen

Diese Handlungen sind bau- bzw. anlagebedingt im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens als erforderlich anzunehmen. Nach § 3 Satz 3 der Schutzgebietsverordnung ist eine Erlaubnis zu erteilen, wenn die verändernden Maßnahmen nicht den Verboten des § 2 widersprechen.

Schädigung der Natur

Für den vorhabenbedingten Rückbau (Anlage 5100) ist im Schutzgebiet lediglich die Aufstellung eines Schutzgerüsts sowie die Nutzung bestehender Wege erforderlich. Hiervon gehen kleinflächige temporäre Wirkungen aus, die nicht zu ernstlichen Schädigungen der Natur führen. Für die Zubeseilung der bestehenden Anlage 7520 ist die bauzeitliche Anlage einer Arbeitsfläche sowie Zuwegung erforderlich. Damit sind kleinflächig Eingriffe in die gering- bis mittelwertige Biotope verbunden. Diese werden im Rahmen der Eingriffsregelung ausgeglichen (vgl. Register 11.X). Es ist davon auszugehen, dass durch die kleinflächigen sowie temporären Eingriffe keine nachhaltigen Schädigungen der Natur verbleiben.

Beeinträchtigung des Naturgenusses

Aufgrund des Rückbaus (Anlage 5100) sowie der Zubeseilung auf die untere Traversenebene (Anlage 7520), die bislang nicht belegt war, ist eine Beeinträchtigung des Naturgenusses nur temporär (bauzeitlich) sowie in einem sehr geringen räumlichen Ausmaß zu erwarten.

Verunstaltung des Landschaftsbildes

Hinsichtlich der Wirkungen auf das Landschaftsbild gehen von dem Rückbau (Anlage 5100) positive Wirkungen aus. Die Nutzung der unteren Traversenebene verändert das Erscheinungsbild des Masts 064, jedoch nur in einem geringfügigen Ausmaß. Ein Feldgehölz zwischen Mast 063 und 064 (Anlage 7520) innerhalb der Schutzgebietskulisse liegt aufgrund der oben beschriebenen Nutzung der unteren Traversenebenen nun im Rückschnittsbereich. Hier sind regelmäßige Rückschnitte sowie eine Aufwuchsbeschränkung von etwa 17 m erforderlich. Da nicht davon auszugehen ist, dass sich dadurch der Charakter des Gehölzbiotops verändert, verbleiben keine erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild.

Insgesamt wird festgestellt, dass das Vorhaben nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht im Widerspruch zur Schutzgebietsverordnung des LSG *Rheinaue nördlich von Karlsruhe* steht. Das Vorhaben verletzt nicht die Verbote gemäß § 2 der Schutzgebietsverordnung. Dementsprechend wird gemäß § 3 Satz 3 der Schutzgebietsverordnung die Erteilung einer Erlaubnis beantragt.

2.2.4 Landschaftsschutzgebiet Burgau (2.12.019)

Das LSG *Burgau* 2.12.019 erstreckt sich über eine Fläche von ca. 114 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 02. November 1989 (NSG/LSG-VO Burgau) festgesetzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Nördlich vom Karlsruher Hafen wird das Landschaftsschutzgebiet *Burgau* von der Trasse gequert. Von Mast 012A bis Mast 004A der Anlage 7100 soll der bestehende Trassenraum der Anlage 5100 weitestgehend genutzt werden. Um die für eine 380-kV erforderlichen technischen Ansprüche zu gewährleisten, ist ein Ersatzneubau vorgesehen. Die Trassenachse wird dabei bis zum Mast 008A leicht versetzt, um technische Einschränkungen in der Baubarkeit zu reduzieren. Im Gegensatz zum Bestand soll die Anzahl der Traversenebenen von drei auf zwei reduziert werden, indem der bislang dort mitgeführte 110-kV Stromkreis auf Anlage 7520 verlegt wird.

Auf Anlage 7520 ist auf der unteren Traversenebene noch ein Gestängeplatz frei, der genutzt werden soll. Eine neue Traversenebene wird dabei nicht belegt, da auf der anderen Seite bereits ein 110-kV-Stromkreis aufgelegt ist.

Im Bereich der Masten 009 und 010 (Rückbau, Anlage 5100), bzw. 009A und 010A (Neubau, Anlage 7100) sowie 1085 und 1086 (Zubeseilung, Anlage 7520) quert die Leitungsanlage das Landschaftsschutzgebiet *Burgau*. Innerhalb der Schutzgebietskulisse sind während der Bauzeit Arbeitsflächen, Schutzgerüste, Schutzstreifen und Zuwegungen erforderlich. Dies betrifft die Bereiche im Umfeld der oben aufgeführten Masten sowie Mast 087 (Anlage 7520), der zwar außerhalb des Schutzgebietes liegt, dessen Arbeitsflächen jedoch teilweise innerhalb des Schutzgebietes liegen, um die Rodung von Waldfläche auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

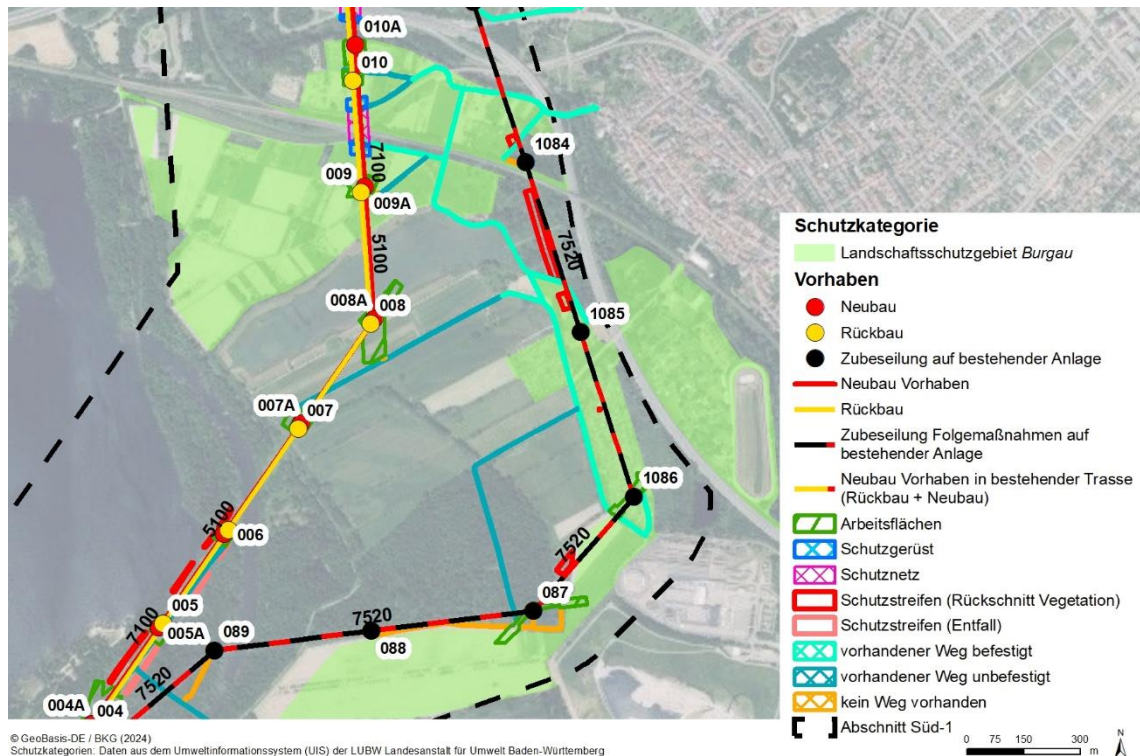


Abbildung 5: Eingriffsbereiche innerhalb der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes *Burgau*

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Der Schutzzweck gemäß § 6 der Schutzgebietsverordnung enthält folgende Vorgaben:

- die Sicherung und Erhaltung der landschaftlichen und ökologischen Einheit der *Burgau*;
- die Sicherung des ökologisch notwendigen Ergänzungsraumes für das Naturschutzgebiet und seiner Tier- und Pflanzenwelt;
- die Erhaltung der ausgedehnten, offenen und landwirtschaftlich genutzten Niederungsflächen als Teil der Kulturlandschaft in der Rheinaue mit ihren charakteristischen Streuobstwiesen, Wiesen und landschaftstypischen Gliederungselementen wie Hecken, Einzelgehölzen und Gräben, als ökologischer Ausgleichsraum für die dicht besiedelte und intensiv genutzte Umgebung und als wichtiges Erholungsgebiet im Ballungsraum.

In dem Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 7 der Schutzgebietsverordnung alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

- der Naturhaushalt geschädigt,
- die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter auf Dauer geändert,
- eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,

- das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
- der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt

wird.

Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen gemäß § 8 der Schutzgebietsverordnung der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Dem Erlaubnisvorbehalt unterliegen nach § 8 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung folgende durch das Vorhaben ausgelöste Handlungen:

1. Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder das Verändern der Bodengestalt auf andere Weise
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind
6. Anlegen oder Verändern von Straßen, Wegen, Plätzen oder anderen Verkehrswegen
10. Aufstellen von Wohnwagen oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze und das mehrtägige Zelten oder Abstellen von Kraftfahrzeugen
14. Beseitigen oder Ändern von wesentlichen Landschaftsbestandteilen wie Bäume, Hecken, Gebüsche, Feld- und Ufergehölze, Schilf- und Rohrbestände
15. Beseitigung und Beschädigung von Obstbäumen und anderen Gehölzen, wobei Maßnahmen einer ordnungsgemäßen Pflege zulässig sind

Diese Handlungen sind bau- bzw. anlagebedingt im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens als erforderlich anzunehmen. Nach § 8 Abs. 3 Satz 1 der Schutzgebietsverordnung ist eine Erlaubnis zu erteilen, wenn die verändernden Maßnahmen nicht den Verboten des § 7 widersprechen.

Schädigung des Naturhaushalts

Im Rahmen des Vorhabens sind innerhalb des Landschaftsschutzgebiets *Burgau* werden zwei Masten zurückgebaut sowie zwei Masten neugebaut und eine Zubeseilung muss erfolgen. Die bestehende Leitung ist bei der Betrachtung des Eingriffs als Vorbelastung zu werten. Die baubedingten Eingriffe sind zeitlich und räumlich eng begrenzt. Es verbleiben punktuelle Versiegelungen. Ein Ausgleich erfolgt über den Rückbau der zwei bestehenden Masten. Es werden Vermeidungsmaßnahmen festgelegt, um die

Schädigung des Naturhaushalts soweit möglich zu beschränken (vgl. Maßnahmenblätter im LBP Register 11.3). Betroffen sind hier höherwertige Biotoptypen wie Feldgehölze (41.10), Sumpfseggen-Riede (34.62), Feldhecken mittlerer Standorte (41.22) und Hainbuchen-Stieleichen-Wälder (56.12). Für die Eingriffe werden, soweit erforderlich, Anträge auf Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG gestellt (vgl. Kapitel 2). Zudem wird im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung des LBP ein Ausgleich vorgesehen (vgl. Unterlage 11).

Insgesamt ist dementsprechend nicht mit nachhaltigen Schädigungen des Naturhaushalts im Bereich des LSG *Burgau* zu rechnen.

Dauerhafte Änderung der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter bzw. geschützter Flächennutzung

Im Bereich der Fundamentköpfe der beiden Neubaumasten kommt es zu einer Versiegelung sowie zu einer möglichen Nutzungsänderung innerhalb des Mastgevierts. Hierbei geht es um punktuelle Beeinträchtigungen. Demgegenüber steht der Rückbau von zwei Masten, wovon positive Wirkungen ausgehen. Dementsprechend sind keine dauerhaften Änderungen der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter zu prognostizieren, die zu ernstlichen Beeinträchtigungen führen.

Nachteilige Änderung des Landschaftsbilds oder Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft

Anlage 5100 wird zurückgebaut. Damit sind positive Änderung des Landschaftsbildes verbunden. Es ist ein Ersatzneubau (Anlage 7100) vorgesehen. Bei diesem werden die Traversenebenen im Vergleich zur Bestandstrasse (Anlage 5100) von drei auf zwei reduziert, die neuen Masten etwa 10 m höher und die Trassenachse leicht versetzt. Die Erhöhung der Masten könnte zu einer weiteren Sichtbarkeit führen, wobei bereits durch die Bestandsleitung eine technische Überprägung vorhanden ist und sich die Traversenebenen reduzieren. In Hinblick auf Anlage 7520 sind die Zubeseilung eines bislang ungenutzten Gestängeplatzes auf der unteren Traversenebene sowie eine kleinflächige Aufwuchsbeschränkung eines Feldgehölzes erforderlich. Hiermit verbinden sich keine nachteiligen Änderungen des Landschaftsbildes. Diese sind insgesamt als gering zu beschreiben.

Beeinträchtigung des Naturgenusses oder des besonderen Erholungswerts der Landschaft

Aufgrund der bereits im Bestand vorhandenen Freileitung (siehe oben) ist nicht davon auszugehen, dass das Vorhaben anlagebedingt eine Bedeutung für den Naturgenuss bzw. Erholungswert hat.

Während der Bauzeit kann es zu erhöhten Lärmemissionen im Bereich der Arbeitsflächen und Zuwegungen sowie erhöhtem Verkehrsaufkommen auf land- bzw. forstwirtschaftlichen Wegen kommen. Hierbei können vereinzelte Störungen von Erholungssuchenden durch Lärm oder Baufahrzeuge nicht ausgeschlossen werden. Dabei ist jedoch

nicht von nachhaltigen Beeinträchtigungen auszugehen, da die Eingriffe punktuell stattfinden und nur kurzzeitig mit erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen ist.

Insgesamt wird festgestellt, dass das Vorhaben nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht im Widerspruch zur Schutzgebietsverordnung des LSG *Burgau* steht. Es ist vorhabenbedingt weder mit einer Veränderung des Charakters des Landschaftsschutzgebiets auszugehen noch steht der Schutzzweck dem Vorhaben entgegen. Dementsprechend wird gemäß § 8 Abs. 3 der Schutzgebietsverordnung die Erteilung einer Genehmigung beantragt.

2.3 Naturdenkmale

Naturdenkmale (ND) sind rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur, die gemäß § 28 Abs. 1 BNatSchG unter Schutz stehen und deren besonderer Schutz erforderlich ist

1. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder
2. wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit.

Die Beseitigung von Naturdenkmälern sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, sind nach Maßgabe der Bestimmungen verboten.

Innerhalb des flächenhaften Naturdenkmals *Mühlauddamm* bei Liedolsheim (Schutzgebiets-Nr. 82151110006) sind Rückschnittflächen vorgesehen. Das Schutzgebiet erstreckt sich über eine Fläche von 2,24 ha und wurde mit der Naturdenkmalverordnung vom 29. Mai 1992 des Landratsamts Karlsruhe mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Karlsruhe (Sechste Naturdenkmalverordnung Karlsruhe) unter Schutz gestellt.

Gemäß der Schutzgebietsverordnung gilt die Erhaltung des Scheidgrabens als vielfältiger Lebensraum seltener Tier- und Pflanzenarten als Schutzzweck. Als Schutz- und Pflegemaßnahmen werden die Mahd der Grabenböschungen außerhalb der Vegetationsperiode und Räumung nur von einer Seite, die Abfuhr des Mähgutes auch unter den Obstbäumen, die Anlage von Grünland entlang des Grabens als Pufferzone gegen Dünger- und Herbizideintrag und die Umwandlung der Weide in Wiesennutzung aufgelistet. Verboten ist das Verlassen der Wege in der Zeit vom 01.04. - 30.06. eines Jahres.

Die vorgesehenen Maßnahmen (Rückschnitt von Gehölzen) erfolgen im Sinne des Schutzzwecks, der die Erhaltung des Scheidgrabens beinhaltet, sowie der Schutz- und Pflegemaßnahmen. Die Pflegemaßnahmen bedingen die Durchführung regelmäßiger Rückschnitte. Dementsprechend ist kein Widerspruch zu den Verboten gemäß § 2 Schutzgebietsverordnung zu erkennen.

Im Eingriffsbereich des Vorhabens liegt zudem das flächenhafte Naturdenkmal *Dünenvegetation* (Schutzgebiets-Nr. 82151020002) bei Eggenstein-Leopoldshafen. Es erstreckt sich über eine Fläche von 1,6941 ha und wurde mit der Naturdenkmalverordnung

vom 09. März 1987 des Landratsamts Karlsruhe mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Karlsruhe (Naturdenkmalverordnung Karlsruhe) unter Schutz gestellt.

Gemäß der Anlage zur Naturdenkmalverordnung gilt die Dünenvegetation als Schutzgegenstand und das Pflanzenbiotop aufgrund seiner Seltenheit als Schutzzweck. Als Schutz- und Pflegemaßnahmen wird die gelegentliche Mahd des Trockenstandortes genannt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Naturdenkmals

Innerhalb des flächenhaften Naturdenkmals *Dünenvegetation* ist der Rückbau von Mast 036 (Anlage 5100) mit seinen Arbeitsfläche sowie eine Schutzgerüst und Vermeidungsmaßnahmen wie etwa das Aufstellen eines Reptilienschutzzauns vorgesehen (vgl. Abbildung 6). Dementsprechend sind ausschließlich baubedingte Wirkungen zu erwarten.

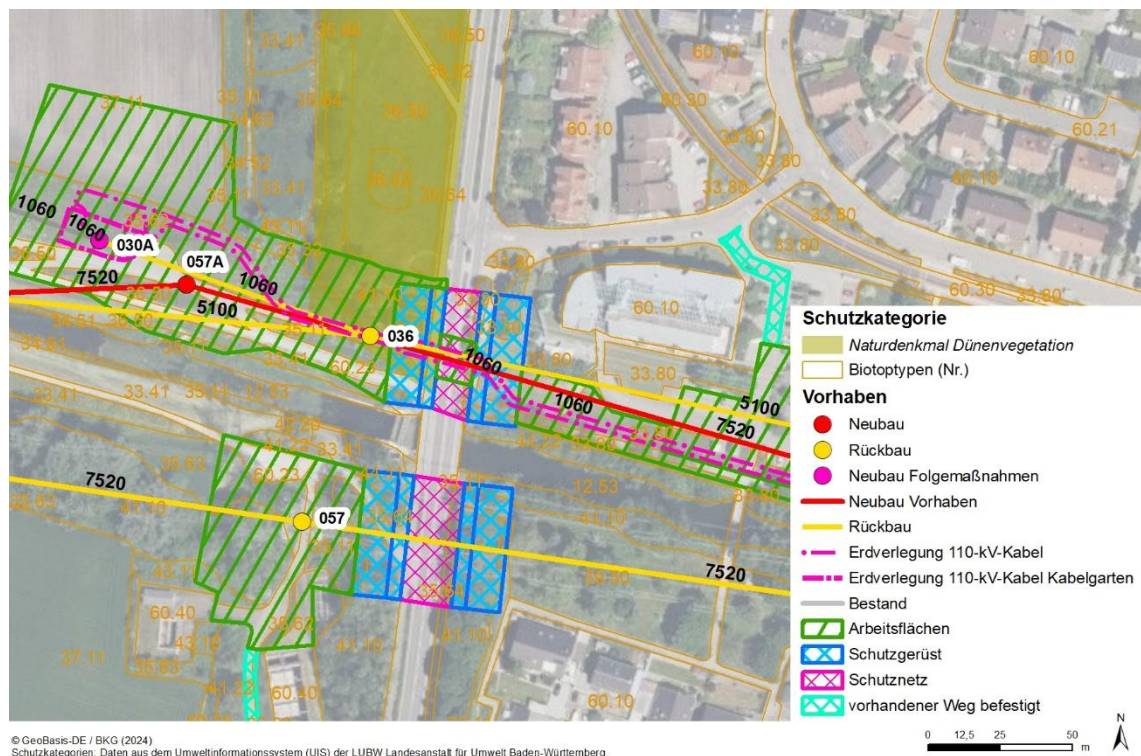


Abbildung 6: Rückbau innerhalb des Naturdenkmal *Dünenv egetation* bei Eggenstein-Leopoldshafen

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Gemäß § 1 Abs. 1 Naturdenkmalverordnung in Verbindung mit deren Anlage steht die Dünenvegetation unter Schutz. Es ist nach § 2 Abs. 1 Naturdenkmalverordnung verboten, die Naturdenkmale zu entfernen sowie Handlungen vorzunehmen, die zu einer Zerstörung, Veränderung, Beeinträchtigung oder nachhaltigen Störung der Naturdenkmale oder ihrer geschützten Umgebung führen können. Als Beeinträchtigung ist auch die nachteilige Veränderung des Erscheinungsbilds zu werten. Insbesondere sind in Hinblick auf den vorgesehenen Rückbau inkl. erforderlicher Vermeidungsmaßnahmen folgende Verbote gemäß § 2 Abs. 2 der Naturdenkmalverordnung zu berücksichtigen:

Tabelle 3: Darlegung zu den verbotenen Handlungen im NSG *Burgau*

NaturdenkmalVO	Verbotene Handlungen (Es ist verboten...)	Erfüllung der verbotenen Handlung durch das Vorhaben
§ 2 Abs. 2 Nr. 2	... Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.	Während der Bauzeit wird die Anlage von Zuwegungen bzw. die Befestigung vorhandener Wege zu den Baustelleneinrichtungsflächen erforderlich. Demensprechend werden vorhandene Weg angelegt bzw. verändert.
§ 2 Abs. 2 Nr. 3	... die Bodengestalt zu verändern.	Im Zuge der Baumaßnahme wird innerhalb des Naturdenkmals ein Rückbau erforderlich. Dadurch ist eine Veränderung der Bodengestalt nicht zu vermeiden.
§ 2 Abs. 2 Nr. 8	... Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.	Baubedingt ist eine Beschädigung oder Zerstörung von Pflanzen/-teilen während der Bauzeit nicht auszuschließen.
§ 2 Abs. 2 Nr. 9	... Tiere einzubringen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören.	Der Rückbau kann zumindest mit einer Beunruhigung von Tieren oder einer Beschädigung oder Zerstörungen von deren Habitaten einhergehen.
§ 2 Abs. 2 Nr. 18	... Ufergehölze, Bäume, Hecken, oder Ödlandvegetation zu beseitigen oder zu beeinträchtigen.	Da die Arbeitsflächen teilweise Feldgehölze bzw. Ruderalvegetation enthalten kann deren Beeinträchtigung bzw. Beseitigung baubedingt nicht ausgeschlossen werden.
§ 2 Abs. 2 Nr. 19	... den Wurzelraum bzw. die darüberliegende Erdoberfläche zu verändern.	Mit Nr. 18 einhergehend kann der Wurzelraum im Rahmen der Bautätigkeit in Anspruch genommen werden.

Der betroffene Teil des Naturdenkmals *Dünenvegetation*, welcher sich mit den Arbeitsflächen des Rückbaus überschneidet, ist zurzeit nicht als Dünenvegetation ausgeprägt. Nach eigener Kartierung im Jahr 2022 ist dieser Bereich teilweise gehölzbestanden und den folgenden Biotoptypen zuzuordnen: Nitrophytische Saumvegetation (35.11), ausdauernde Ruderalvegetation trockenwarmer Standorte (35.62), grasreiche ausdauernde Ruderalvegetation (35.64) und Feldgehölz (41.10). Aufgrund dessen können sich die gemäß § 2 Abs. 1 u. 2 Naturdenkmalverordnung verbotenen Handlungen in diesem Teil des flächenhaften Naturdenkmals weder auf den Schutzgegenstand auswirken noch dem Schutzzweck widersprechen.

Nach dem Rückbau von Mast 036 (Anlage 5100) kann im Überschneidungsbereich zwischen Rückbau und flächenhaftem Naturdenkmal die Entwicklung in Richtung einer Dünenvegetation erfolgen.

Öffentliches Interesse

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Der Anlage hierzu die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vorrangige Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs zugeschrieben. Die Realisierung dieses Vorhaben ist ferner aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Notwendigkeit

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten. Demnach werden mit der vorgesehenen Netzverstärkung und der Erneuerung der Versorgungsinfrastruktur der 380-kV-Netzverstärkung Weinheim - Karlsruhe Überlastungen, die aus den zu erwartenden Leistungsflüssen im Zuge der Energiewende in Süddeutschland resultieren, vermieden und die Nord-Süd-Achse deutlich gestärkt. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei. Das Vorhaben ist in unter Nr. 19 der Anlage zum BBPlG aufgeführt und somit Bestandteil des Bundesbedarfsplan. Es besteht demnach gemäß § 1 Abs. 1 BBPlG die energiewirtschaftliche Notwendigkeit.

Gemäß § 5 der Naturdenkmalverordnung wird hiermit von den Verboten geregelt in § 2 der Naturdenkmalverordnung eine Befreiung nach § 67 BNatSchG bei der unteren Naturschutzbehörde beantragt.

2.4 Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW

2.4.1 Rechtliche Grundlagen

Die Leitungstrasse quert an zahlreichen Stellen gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG sowie §§ 33 und 33a Naturschutzgesetz (NatSchG BW). In den überwiegenden Fällen werden diese überspannt. Eine Überspannung führt allein nicht dazu, dass gesetzlich geschützte Biotope beeinträchtigt werden (Register 1). Es können während der Bauzeit etwa durch die Anlage von Baustelleneinrichtungsflächen, Zuwegung und Schutzstreifen sowie das Aufstellen von Schutzgerüsten Beeinträchtigungen geschützter Biotope auftreten.

Grundsätzlich sind gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG *„Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung folgender Biotope führen können (...)"* verboten. Nach § 30a Abs. 3 Waldgesetz für Baden-Württemberg (LWaldG BW) sind *„(...) Handlungen, die zu einer Zerstörung oder erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung von Biotopschutzwald führen können (...)"* verboten.

Dass bestimmte Biotoptypen gemäß § 33 NatSchG BW nur in der freien Landschaft geschützt sind, wurde im Rahmen der Erfassung mitberücksichtigt.

Es erfolgt eine detaillierte Prüfung der Auswirkungen auf die betroffenen gesetzlich geschützten Biotope im Rahmen der vorliegenden Unterlage. Hierbei wird neben den Ergebnissen der eigenen Biotoptypenkartierung aus dem Jahr 2022 auch die landesweite Offenland- und Waldbiotopkartierung sowie Mähwiesenkartierung als Grundlage verwendet.

Im Vorfeld wurden mögliche Beeinträchtigungen abgeschätzt und, soweit möglich, planerisch vermieden. Hierbei wurden die folgenden Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigt:

- Reduzierung der Arbeitsflächen und Zuwegung auf ein absolut notwendiges Maß
- Abzäunung von sensiblen/hochwertigen Bereichen
- Bauzeitenbeschränkung
- Vermeidung von Bodenverdichtung (Lastverteilungsplatten, Ausgestaltung der Zuwegung)

Sofern bei einzelnen Biotopen erhebliche Beeinträchtigungen auftreten, ist gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG ein Ausnahmeantrag bei der unteren Naturschutzbehörde zu stellen. Voraussetzung dafür ist, dass ein funktional gleichwertiger Ausgleich im räumlich-funktionalen Zusammenhang erbracht werden kann. Falls ein solcher Ausgleich nicht möglich ist, muss eine Befreiung von den Schutzvorschriften des § 30 BNatSchG gemäß § 67 BNatSchG beantragt werden. Als Voraussetzung hierfür gelten nach

§ 67 Abs. 1 BNatSchG die Gründe des überwiegend öffentlichen Interesses, einschließlich solche sozialer und wirtschaftlicher Art und die Notwendigkeit oder die Bedingung, dass die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde. Regelung zu Streuobstbeständen gemäß § 33a NatSchG BW

Nach § 33a Abs. 1 NatSchG BW sind „*Streuobstbestände im Sinne des § 4 Abs. 7 des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz (LLG)*“ zu erhalten. Voraussetzung hierfür ist eine Mindestfläche von 1.500 m². Als Zweck der Regelung wird genannt, dass ein Erhaltungsgebot sowie ein Umwandlungsvorbehalt geschaffen werden sollen. Die Art des gesetzlichen Schutzes berücksichtigt, dass die Pflege und Bewirtschaftung dem Erhalt von Streuobstbeständen besonders dienlich ist (LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG (2020), Drucksache 16/8272, S. 43 ff.). Umwandlungen von Streuobstbeständen bedürfen immer einer Genehmigung nach § 33a Abs. 2 NatSchG BW durch die untere Naturschutzbehörde (UM BW 2021b): „*Umwandlungen von Streuobstbeständen im Sinne des Absatzes 1 sind auszugleichen. Der Ausgleich erfolgt vorrangig durch eine Neupflanzung innerhalb einer angemessenen Frist*“ (§ 33a Abs. 3 NatSchG BW). Es handelt sich hierbei um eine Konkretisierung der Eingriffsregelung gemäß §§ 14 ff BNatSchG. Die Anforderungen an den Ausgleich orientieren sich stark an den erheblich beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts (Wiederherstellung in gleichartiger Weise) sowie des Landschaftsbildes. Als Voraussetzungen für einen erforderlichen Ausgleich gelten ein enger räumlich-funktionaler Zusammenhang zum Eingriff und dass dieser nach § 33a Abs. 3 NatSchG BW vorrangig durch eine Neupflanzung innerhalb einer angemessenen Frist durchgeführt wird. Als Ausgleichsmaßnahme kann nachgeordnet auch eine Sanierung bzw. Wiederherstellung vorhandener defizitärer Streuobstbestände in Betracht kommen (UM BW 2021a).

2.4.2 Vorhabenbedingte Beeinträchtigung von gesetzlich geschützten Biotopen

Innerhalb der Eingriffsbereiche, die aufgrund von Arbeitsflächen, Schutzgerüsten, Zuwegung, Schutzstreifen und Rückbau entstehen, liegen teilweise nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützte Biotope. Im Sinne einer Vermeidung und Minimierung verbleiben unter Berücksichtigung der Bereits in Kapitel 2.4.1 genannten Maßnahmen nur unbedingt erforderliche Eingriffe.

Bei Eingriffsflächen, die eine Mindestfläche von 10 m² bzw. eine Breite von 0,5 m entlang von Zuwegungen unterschreiten, ist davon auszugehen, dass es sich entweder um eine gewisse Unschärfe handelt, die bei der Digitalisierung der Erfassungsergebnisse der Biotoptypenkartierung oder bei der Abgrenzung der Eingriffsflächen entstehen kann, sodass eine erhebliche Beeinträchtigung mit hinreichender Sicherheit in diesen Fällen auszuschließen ist. Diese Flächen sind in den folgenden Tabellen nicht mit dargestellt.

Eine Übersicht über die nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützte Biotope im Eingriffsbereich zeigt Tabelle 5. Hier werden auch die Betroffenheit

sowie die erforderlichen Maßnahmen aufgezeigt. Grau dargestellt sind geschützte Biotope, die bspw. nur so randlich betroffen sind, dass ein Rückschnitt, welcher als Pflegemaßnahme bezeichnet werden kann, als Eingriff im Rahmen des Vorhabens ausreichend ist. In solchen oder ähnlichen Fällen ist eine erhebliche Beeinträchtigung nicht zu erwarten.

Fachliche Hinweise/Empfehlungen zur Umsetzung von Maßnahmen, die für den Antrag auf Ausnahme erforderlich sind, werden an entsprechender Stelle im LBP aufgezeigt (vgl. Register 11).

Für die hellgrau dargestellten nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW gesetzlich geschützten Biotope wird keine erhebliche Beeinträchtigung prognostiziert. Für die anderen wird gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG eine Ausnahme von den Schutzvorschriften des § 30 BNatSchG beantragt. Der jeweilige funktional gleichwertige Ausgleich kann zu meist an gleicher Stelle erfolgen, da es sich weitgehend um temporäre Eingriffe handelt. Nähere Angaben dazu finden sich in Tabelle 4, Tabelle 5 und Tabelle 6 jeweils in der Spalte mit der Bezeichnung „Betroffenheit“ für die jeweiligen Eingriffe in einzelne gesetzlich geschützte Biotope.

In Einzelfällen sind Eingriffe im Bereich von Streuobstbeständen nicht zu vermeiden. Hierbei geht es jeweils um eine bauzeitlich erforderliche Beanspruchung (vgl. Tabelle 6). Sofern keine Gehölze betroffen sind, wird weder eine Ausnahme nach § 30 Abs. 3 BNatSchG noch eine Umwandlungsgenehmigung gemäß § 33a Abs. 2 NatSchG BW notwendig. Wenn jedoch die Fällung von Gehölzen erforderlich ist, wird hiermit ein Antrag auf Ausnahme nach § 30 Abs. 3 BNatSchG gestellt. Der Ausgleich ist hier auf der jeweils gleichen Fläche vorgesehen. Da auch in diesen Fällen keine langfristige Änderung einer Nutzung vollzogen wird, sondern lediglich bauzeitliche Eingriffe vorgenommen werden, wird ein Antrag auf Umwandlungsgenehmigung gemäß § 33a Abs. 2 NatSchG BW nicht gestellt.

Tabelle 4: Ausnahmen für magere Flachland-Mähwiesen im Eingriffsbereich

Anlage	Maste	FBK	Betroffenheit	Bezeichnung Konflikt	Bezeichnung Maßnahme	Maßnahme	Betroffene Fläche [m²]
			Vgl. Register 11.1				
5100	081-083	138_010	Temporäre Inanspruchnahme durch Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	86,96
		138_031	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	251,97
		138_006	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	841,33
	077-080	140_047	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	2.034,56
5100 / 7100	021-022 / 021A-022A	195_010	Temporäre Inanspruchnahme durch Provisorien (BEK) und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	252,94
		195_009	Temporäre Inanspruchnahme durch Provisorien (BEK) und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	155,28
	015-016 / 015A-016A	201_024	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	145,97
	1004-014 / 1004A-014A	201_030	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	62,82
		201_043	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	64,04
		201_042	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	70,23
		201_023	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen, Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	517,08

		201_027	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen, Schutzgerüst und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	992,26
7520	002A-003	112_019	Temporäre Inanspruchnahme durch Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	512,20
	009-012	137_022	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	1.095,88
7520 / 1060 / 3030 / 5100 / 7100	1081 / 044 / 001 / 012-1003 / 012A-013A	201_043	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen, Provisorien (BEK) und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	1.195,97
		200_001	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen und Provisorien (BEK)	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	116,76
		201_042	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	183,43
7520 / 5100	019-021 / 071-073	147_054	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüste und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	1.083,23
	031-032 / 060-061	156_002	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	159,65
	063-064 / 029-030	183_043	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen, Schutzgerüst und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	370,71
		183_041	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen, Schutzgerüste und Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	1.575,70
		183_028	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	45,90
		183_015	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	58,20

		183_042	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	207,10 104,86
		183_017	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	467,57
		183_049	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	666,81
		183_048	Temporäre Inanspruchnahme durch Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	730,26
	065-067 / 026-028	186_072	Temporäre Inanspruchnahme durch Zuwegung	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	40,32
7520 / 5100 / 1060	055A-057A / 036-038B / 030A (inkl. Erdkabel)	175_018	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen, Schutzgerüst	B2	V 03	Wiederherstellung Magere Flachland-Mähwiese	3.680,66

Tabelle 5: Ausnahmen für gesetzlich geschützte Biotope im Eingriffsbereich

Anlage	Maste	FBK	Bio- toptyp-Nr.	Biotop Bezeich.	Betroffenheit	Bezeichnung Konflikt	Bezeichnung Maßnahme	Maßnahme	Betroffene Fläche
					Vgl. Register 11.1				
3030 / 7520	002 (002A)-004 / 1082	203_048	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	2,66
		203_048	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Feldgehölz im Mastgeviert	34,84
		203_039	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	301,36
		203_048	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.149,93
		203_046	34.68	Kammseggen-Ried	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	110,55
5100	081-083	133_046	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	23,68
		138_033	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	49,62
		133_030	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1171,01
	084-2001	134_006	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	21,97
		133_018	34.52 / 34.62	Land-Schilfröhricht / Sumpfseggen-Ried	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	124,09
		133_019	42.31	Grauweiden oder Ohrweiden-Feuchtgebüsch	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	528,50
		133_024	41.22 / 34.51	Feldhecke mittlerer Standorte / Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	548,36
	086	134_031	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	116,38
		135_002	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	179,31
	087-088	129_004	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	28,74
		129_006	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	68,54
5100 / 7100	015-016 / 015A-016A	201_025	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	49,08
	021-022 / 021A-022A	189_009	41.10	Feldgehölz	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	9,86
		189_006	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	10,16
		189_025	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	19,12
		189_006	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Land-Schilfröhricht im Mastgeviert	96,72
		189_025	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Feldgehölz im Mastgeviert	100,74
		189_007	52.40	Silberweiden-Auwald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	303,67
		195_008	34.56	Rohrglanzgras-Röhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	6,29
		195_016	34.56	Rohrglanzgras-Röhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	9,02
		189_025	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	181,07

		189_024	34.52 / 34.56	Land-Schilfröhricht / Rohrglanz-gras-Röhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	792,37
		189_028	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	693,77
		189_008	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	454,51
		189_047	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	469,26
		189_006	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	2.363,01
		189_010	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	831,04
		189_009	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.333,66
	1004-014 / 1004A-014A	201_025	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	0,71
		201_025	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	265,93
		201_039	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	273,77
7520	002A-003	112_025	52.50	Stieleichen-Ulmen-Auwald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	119,29
		113_005	52.50	Stieleichen-Ulmen-Auwald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	297,87
		112_023	35.41	Hochstaudenflur quelliger, sumpfiger oder mooriger Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	461,01
	009-012	136_006	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	29,76
	013-015	140_064	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	188,83
		142_039	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	127,93
		139_008	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	246,14
		142_037	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	480,85
	1086-088	210_052	56.12	Hainbuchen-Stielreichen-Wald	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	1.043,63
		209_012	56.12	Hainbuchen-Stielreichen-Wald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	475,35
		210_052	56.12	Hainbuchen-Stielreichen-Wald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	694,97
		210_002	33.21	Nasswiese basenreicher Standorte der montanen Lage	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	22,75
7520 / 1060 / 3030 / 5100 / 7100	1081 / 044 / 001 / 012-1003 / 012A-013A	203_110	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	16,84
		203_110	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Land-Schilfröhricht im Mastgeviert	114,67
		204_084	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	19,35
		203_110	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.309,75
		203_116	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.555,37
7520 / 3030 / 5100 / 7100	1083 / 005 / 011 / 011A	203_027	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	18,82
		203_024	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	47,08

		203_025	42.31	Grauweiden oder Ohrweiden-Feuchtgebüsch	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	90,53
		204_102	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	932,81
7520 / 5100	(050) 050A / 042	172_040	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	224,36
	016-018 / 074-076	142_051	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	140,58
		144_041	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.099,72
	019-021 / 071-073	147_051	41.10	Feldgehölz	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	132,70
		146_050	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	166,35
	022-023 / 069-070	148_100	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	92,88
	024-025 / 067-068	151_017	41.10	Feldgehölz	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	144,78
		148_033	34.56 / 34.51	Rohrglanzgras-Röhricht / Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	383,91
	028-030 / 062-064	153_007	41.10	Feldgehölz	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	1.802,62
	031-032 / 060-061	155_009	52.21	Traubenkirschen-Erlen-Eschen-Wald	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	423,40
		155_009	52.21	Traubenkirschen-Erlen-Eschen-Wald	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Forstliche Rekultivierung	20,22
		156_030	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	30,99
		156_010	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	39,37
	035-036 / 056-057	161_016	52.21	Traubenkirschen-Erlen-Eschen-Wald	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	1.551,15
		161_017	52.11	Schwarzerlen-Bruchwald	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	6.312,33
		159_003	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	26,17
	037-038 / 054-055	161_066	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	98,40
	039-040 / 052-053	164_019	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	217,11
		164_018	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	542,08
		164_014	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.073,82
	043-045 / 047-049	165_016	36.44	Sandmagerrasen	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	1.145,08
	051-052 / 041	172_027	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	125,20
	057-060 / 033-035	179_048	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	35,45
		179_051	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	515,25
		179_092	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	828,85
	063-064 / 029-030	183_084	41.10	Feldgehölz	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	1.444,73
		183_055	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	526,85
		182_046	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	127,14

7520 / 5100 / 1060		183_057	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	704,75
	065-067 / 026-028	192_008	41.10	Feldgehölz	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	1.572,32
	068-1070 / 1006-025	190_019	56.12	Hainbuchen-Stielreichen-Wald	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	1.028,30
	092-093 / 1001-Y (-Portal)	216_011	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	12,86
		216_016	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	33,41
	053-054 / 039-040 / (029) 029A	175_003	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	44,15
		176_024	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.640,55
	055A-057A / 036-038B / 030A (inkl. Erdkabel)	179_020	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	6,81
		179_019	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	72,20
		179_013	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	89,88
		179_020	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	415,44
		179_029	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	31,59
		180_032	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	35,49
		175_012	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	279,04
		179_001	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	57,26
		179_053	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	65,86
		180_030	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	75,07
		175_010	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	75,21
		180_019	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	278,34
		176_030	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	2.321,62
7520 / 5100 / 7100	089 / 005-006 / 005A-006A	209_036	45.50	Struktureicher Waldrand	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	20,58
		209_033	52.50	Stieleichen-Ulmen-Auwald	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	64,25
		213_020	45.50	Struktureicher Waldrand	Aufwuchsbeschränkung durch Schutzstreifen	B4		Rückschnitt als Pflege	449,12
	090-091 / 1002-004 / 004A	213_021	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	19,07
		213_023	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	208,43
	1084 / 009-010 / 009A-010A	206_133	52.21	Traubenkirschen-Erlen-Eschen-Wald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	593,28
		206_142	42.31	Grauweiden oder Ohrweiden-Feuchtgebüsch	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	38,37

1085 / 007-008 / 007A-008A	206_155	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	61,90
	206_146	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	133,63
	206_075	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	260,26
	206_091	34.68	Kammseggen-Ried	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	15,20
	206_091	34.68	Kammseggen-Ried	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Kammseggen-Ried im Mastgeviert	105,02
	207_050	34.62	Sumpseggen-Ried	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	241,79
	207_048	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	133,47
	209_006	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	313,26
	206_089	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	334,29
	206_090	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	504,87
	206_091	34.68	Kammseggen-Ried	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.510,72
	206_094	33.21	Nasswiese basenreicher Standorte der montanen Lage	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.705,90
	206_146	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	3.186,16

*FBK: Kennung der Biotope im Rahmen der eigenen Biotopkartierung im Jahr 2022

Tabelle 6: Ausnahmen für Streuobst im Eingriffsbereich

Anlagen	Maste	FBK*	Bezeichnung	Bezeichnung Konflikt	Bezeichnung Maßnahme	Betroffenheit	Maßnahme	Betroffene Fläche [m²]
				(vgl. Register 11.1)				
7520	013-015	139_027	Streuobstbestand	B2	V 01	Temporäre Inanspruchnahme durch Zuwegung und Schutzgerüste	Wiederherstellung	977,93
7520 / 5100	061-062 / 031-032	184_018	Streuobstbestand	B2	V 01	Temporäre Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen	Wiederherstellung	568,38

*FBK: Kennung der Biotope im Rahmen der eigenen Biotopkartierung im Jahr 2022

3 Anträge bezüglich Wasserrecht

Die genauen Festlegungen zur Wasserhaltung und den zugehörigen Anträgen auf wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 8 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 Nr. 1 WHG werden im Rahmen der weiteren Ausführungsplanung gestellt und sind dementsprechend nicht Teil der hier vorliegenden Unterlagen zu den Anträgen. Die folgenden Anträge beziehen sich daher nur auf Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete sowie Gewässerrandstreifen.

Gemäß § 36 Abs. 1 WHG sind Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässeränderungen zu erwarten und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist. Hierzu zählen nach § 36 Abs. 1 Nr. 2 WHG auch Leitungsanlagen. Ziel der Vorschrift ist unabhängig von den Auswirkungen auf die Gewässerunterhaltung, schädliche Veränderungen des Gewässers durch Anlagen zu vermeiden. Es werden u.a. die Anlagen bestimmt, die unterhaltungstechnisch selbstständig zu betrachten sind, womit der Eigentümer der Anlage für diese verantwortlich ist (vgl. BVerwG Urteil vom 29.04.2020 (Az. 7 C 29.18)). In Verbindung mit § 28 Abs. 1 Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW) bedürfen die oben genannten Anlagen einer wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung, wenn dadurch der Wasserabfluss, die Unterhaltung des Gewässers oder die ökologischen Funktionen des Gewässers beeinträchtigt oder die Schifffahrt oder die Fischerei gefährdet oder behindert werden können.

Durch das Vorhaben 19 werden die folgenden Gewässer durch die Leitungsanlage gequert: Altrhein Kleiner Bodensee, Baggersee NN-NJH, Abzugsgraben, Alb, Allmendgraben, Alte Pfinz, Alter Federbach, Auschlut, Bachkanal, Bruchgraben, Burgaugraben, Erlengraben, Federbach, Gießgraben, Hauptsammelkanal, NN-AV6, NN-GH2, NN-KX8, Pfinz, Pfinz-Entlastungskanal, Philippsburger Altrhein, Rheinhafen Karlsruhe, Rheinniederungskanal, Saalbach, Saalbachkanal, Scheidgraben, verlängerter Pfinzkanal, Viespergraben und Zolldenbach West.

Eine Behinderung oder Gefährdung für die Schifffahrt oder die Fischerei sowie eine Beeinträchtigung der Unterhaltung des Gewässers sind in der Regel durch Freileitungsanlagen nicht zu erwarten. Es ist hier davon auszugehen, dass der erforderliche Bodenabstand eingehalten wird und somit die Unterhaltung des Gewässers und der Randstreifen gewährleistet ist. Zudem sind jeweils im Bestand bereits Leitungsanlagen vorhanden, sodass zumindest eine Auswirkung auf die genannten Bewirtschaftungen auszuschließen ist. Durch eine Überspannung von Gewässern sind zudem keine Beeinträchtigungen von ökologischen Funktionen zu erwarten. Hinsichtlich der Lage von Masten in Überschwemmungsgebiete bzw. Gewässerrandstreifen erfolgt in den Kapitel 3.2 bzw. 3.3 eine nähere Betrachtung. Beeinträchtigungen hinsichtlich der ökologischen Funktion der überspannten Gewässer sind hierbei nicht zu erwarten (vgl. Register 14.1).

Dementsprechend wird nach § 28 Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW) eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Errichtung, den Betrieb, die Unterhaltung sowie Stilllegung der beantragten Freileitungsanlage im Bereich der jeweiligen Gewässer beantragt.

Ein Antrag auf die erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnisse zur Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1, welche insbesondere für die Bauwasserhaltung erforderlich werden sowie die entsprechend nachzuweisenden Tatbestandsvoraussetzungen werden im Zuge der Ausführungsplanung beantragt/zusammengestellt und sind damit nicht Bestandteil der vorliegenden Planfeststellungsunterlagen nach § 21 NABEG.

3.1 **Wasserschutzgebiete (WSG)**

Wasserschutzgebiete (WSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen gemäß § 51 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) das Wohl der Allgemeinheit erfordert, dass

1. Gewässer im Interesse der derzeit bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen,
2. das Grundwasser anzureichern oder
3. das schädliche Abfließen von Niederschlagswasser sowie das Abschwemmen und den Eintrag von Bodenbestandteilen, Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln in Gewässer zu vermeiden.

Hierzu wurden von der Landesregierung Baden-Württemberg Rechtsverordnungen für die Wasserschutzgebiete erlassen. Bei Trinkwasserschutzgebieten ist nach § 51 Abs. 2 WHG eine Einteilung in Zonen unterschiedlicher Schutzbestimmungen erforderlich.

Im Untersuchungsraum fünf Wasserschutzgebiete. Davon sind die folgenden vier von Eingriffsflächen im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens betroffen:

- WSG *Dettenheim* (215003)
- WSG *Linkenheim – Hochstetten* (215005)
- WSG *Philippsburg, Pfriemenfeld, Mühlfeld* (215208)
- WSG *ZV Bodensee WV- Gemeinde Dettenheim, Linkenheim-Hochstetten* (215045)

3.1.1 **Wasserschutzgebiet Dettenheim**

Das Wasserschutzgebiet *Dettenheim* wurde am 08. Mai 1967 durch die Rechtsverordnung des Landratsamt Karlsruhe (WSG-VO Dettenheim) zum Schutze des Grundwassers für die Wassergewinnungsanlage des Zweckverbandes Wasserversorgung Liedolsheim-Rußheim unter Schutz gestellt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

Das WSG *Dettenheim* wird von den Anlagen 5100 und 7520 in den Schutzzonen II (bzw. IIA), III und IIIA sowie IIIB überspannt. Entsprechend der Rechtsverordnung des WSG *Dettenheim* liegt der Fassungsbereich (Zone I) auf Gemarkung Liedolsheim im Gewann *Hohwegäcker* und umfasst den Westteil der Grundstücke mit der Lgb. Nr., 4620/1, 4620 bis 4631, 4634, 4632/1 und 4634. Die Bestandsmasten der Anlage 5100 und LA 1300 liegen außerhalb des Fassungsbereichs. Es befinden sich folgende Masten sowie die erforderlichen Arbeitsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüste innerhalb der oben genannten Schutzzonen (II bzw. IIA, III bzw. IIIA und IIIB):

Anlage 7520:

Bestand, Zubeseilung: Mast 028 bis 035

Anlage 5100:

Rückbau: Mast 057, 059 bis 064 und Teil der Arbeitsflächen von Mast 058



Abbildung 7: Vorhaben im Bereich des WSG *Dettenheim*

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

In Schutzzone II des WSG *Dettenheim* ist der Rückbau von Mast 063 (Anlage 5100) vorgesehen. Hierbei ist eine temporäre Flächeninanspruchnahme nur in geringem Umfang erforderlich. Zu beachten sind die Beschränkungen gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung:

1. Innerhalb der engeren Schutzzone sind alle Handlungen verboten, die geeignet sind, den Untergrund oder das Grundwasser zu verunreinigen.
2. Unbeschadet der Bestimmungen der Ziffer 1 sind insbesondere verboten:
Errichtung von Bauten jeglicher Art, ausgenommen Bauten für die Zwecke der Wasserversorgung;
(...)
Grabarbeiten aller Art, Schürfungen und Bohrungen;
(...)
Lagerung oder Transport von Treibstoffen und Mineralölprodukten;
(...)

Der vorgesehene Rückbau innerhalb der Schutzzone II erfolgt bis zu einer Tiefe von 1,5 m unter Geländeoberkante und wird unter der Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen (u.a. Gewässerschutz bei Mastrückbau, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie Grundwasserschutz (vgl. Register 14.1)) durchgeführt.

In Schutzzone IIIA (weitere Schutzzone) werden die drei Masten 061, 062 und 064 (Anlage 5100) zurückgebaut. Zudem ist bei den Masten 028, 029 und 031 (Anlage 7520) eine Masterhöhung um 5 Meter erforderlich. Hier sind die Beschränkungen von § 5 der Schutzgebietsverordnung zu beachten:

1. Alle Handlungen, die geeignet sind, den Untergrund oder das Grundwasser zu verunreinigen, sind verboten.
2. Unbeschadet der Bestimmungen der Ziffer 1 sind insbesondere verboten:
(...)
Kies und Sandgruben, Bohrungen
3. Bei der oberirdischen Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten wird die Genehmigung dann versagt, wenn die gültigen technischen Richtlinien des Innenministeriums Baden-Württemberg über Lagerung und Transport wassergefährdender Flüssigkeiten nicht beachtet sind.
(...)

Im Übrigen bedürfen alle anderen Vorhaben, die nach § 4 dieser Verordnung in der engeren Schutzzone (Zone II) verboten sind, der Genehmigung der zuständigen Wasserbehörde. Die Genehmigung wird versagt, wenn durch Bedingungen und Auflagen keine ausreichende Sicherheit für das geschützte Gewässer geschaffen werden kann.

Der vorgesehene Rückbau sowie die Masterhöhung von jeweils drei Masten erfolgen unter Beanspruchung möglichst geringer Arbeitsflächen sowie unter Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen (u.a. Gewässerschutz bei Mastrückbau, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie Grundwasserschutz (vgl. Register 14.1)).

Innerhalb von Schutzzone IIIB (weitere Schutzzone) liegen die drei Rückbaumasten 057, 059 und 060 sowie die Masten 032, 033, 034 und 035 (Anlage 7520), die im Rahmen des Vorhabens zubeseilt bzw. erhöht werden, bzw. deren Arbeitsflächen, teilweise die

Zuwegungen sowie Schutzgerüste. Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung bedürfen alle Vorhaben, die geeignet sind, den Untergrund oder das Grundwasser zu verunreinigen, der besonderen Genehmigung des Landratsamtes Karlsruhe. Die Genehmigung wird versagt, wenn durch Bedingungen und Auflagen keine ausreichende Sicherheit für das geschützte Gewässer geschaffen werden kann.

Der Rückbau von drei Masten, eine Masterhöhung um 5 Meter sowie die Zubeseilung auf bestehender Anlage erfolgen unter Beanspruchung möglichst geringer Arbeitsflächen sowie unter Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Register 14.1). Diese Vermeidungsmaßnahmen sind geeignet und ausreichend, eine ausreichende Sicherheit für das geschützte Gewässer zu schaffen.

Es ist davon auszugehen, dass der Schutzzweck des WSG der Schutz des Grundwassers für die Wassergewinnungsanlage des Zweckverbandes Wasserversorgung Liedolsheim-Rußheim ist. Das Vorhaben greift lediglich temporär sowie punktuell in das WSG ein. Nach fachgutachterlicher Einschätzung wird davon ausgegangen, dass die Voraussetzungen für eine wasserrechtliche Genehmigung der erforderlichen Maßnahmen (Rückbau drei Masten, Einrichtung Arbeitsflächen für Rückbau und Masterhöhung sowie Zuwegungen) gegeben sind. Diese wird hiermit beantragt.

3.1.2 **Wasserschutzgebiet Linkenheim - Hochstetten**

Das WSG *Linkenheim-Hochstetten* wurde am 07. Juni 1979 durch die Rechtsverordnung des Landratsamt Karlsruhe zum Schutze der Grundwasserfassungen der Gemeinde 7517 Linkenheim-Hochstetten unter Schutz gestellt (WSG-VO Linkenheim-Hochstetten).

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet *Linkenheim-Hochstetten* wird von den Anlagen 5100 und 7520 überspannt. Dabei ist vorgesehen, die Anlage 5100 zurückzubauen. Davon sind im WSG drei Masten (045, 046 und 047) betroffen. Bei Anlage 7520 sind Zubeseilungen bei zwei bestehenden Masten (045 und 047) erforderlich. Zudem liegen weitere Arbeitsflächen der Masten 048 (Anlage 5100) sowie 044 und 048 (Anlage 7520) im WSG. Im Bereich der engeren Schutzzone liegt lediglich eine Zuwegung entlang eines bestehenden versiegelten Weges, dessen Nutzung der Schutzgebietsverordnung nicht widerspricht.



Abbildung 8: Vorhaben im Bereich des WSG *Linkenheim-Hochstetten*

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

Für die oben beschriebenen Vorhabensbestandteile sind als erforderliche Eingriffe Arbeitsflächen, Schutzgerüste und Zuwegung anzunehmen, die im Bereich des WSG, vornehmlich in der weiteren Schutzzone (Schutzzone III nach § 1 Abs. 2 Schutzgebietsverordnung), liegen.

In der weiteren Schutzzone ist nach § 6 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung u.a. folgendes verboten:

13. (...) das Einleiten von biologisch abbaubaren Abwässern in oberirdische Gewässer, wenn die Abwässer nicht ausreichen gereinigt sind; dasselbe gilt für das Versickern solcher Abwässer;
14. das Einleiten von biologisch nicht abbaubaren schädlichen oder giftigen Abwässern (z.B. arsenhaltige, bleihaltige, chromsaure, cyanidische, phenolhaltige, radioaktive oder durch Teerstoffe oder Düngemittel verunreinigte Abwässer) in oberirdische Gewässer, bevor die Abwässer entgiftet oder unschädlich gemacht sind; dasselbe gilt für das Versickern solcher Abwässer und deren Ableitung in gemeindliche Kanalisationen;
15. Handlungen, die das Eindringen von Treibstoffen, Ölen, giftigen Stoffen (auch wassergefährdende Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln), Trü-

bungs-, Farb-, Geruchs- und Geschmacksstoffen oder anderen wassergefährdenden Stoffen in oberirdische Gewässer oder in das Grundwasser ermöglichen (...)

Unter Berücksichtigung der folgenden Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Unterlage 14.1) können die verbotenen Handlungen ausgeschlossen werden:

- Vermeidung der Einleitung von belastetem Bauwasser (betrifft Rückbau)
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser

Dementsprechend stehen die innerhalb der Grenzen des WSG *Linkenheim-Hochstetten* vorgesehenen Maßnahmen, die im Rahmen des hier beantragten Vorhabens erforderlich sind, nicht im Widerspruch zu dessen Rechtsverordnung und es bedarf keiner Befreiung.

3.1.3 Wasserschutzgebiet Philippsburg, Pfriemenfeld, Mühlfeld

Mit der Rechtsverordnung vom 30. Juli 1998 setzt das Landratsamt Karlsruhe zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage *Pfriemenfeld/Mühlfeld* der Stadt Philippsburg das Wasserschutzgebiet fest (WSG-VO Pfriemenfeld/Mühlfeld). Es umfasst eine Fläche von 1.792,99 ha und gliedert sich in die weitere Schutzzone (Zone III B und III A), engere Schutzzone (Zone II) und den Fassungsbereich (Zone I). Seine Lage erstreckt sich auf die Gemarkungen Philippsburg, Waghäusel-Wiesental und Hambrücken.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

Im Bereich des Wasserschutzgebietes ist der Rückbau von vier Masten (086 bis 089, Anlage 5100) inklusive der zugehörigen Arbeitsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüste vorgesehen.

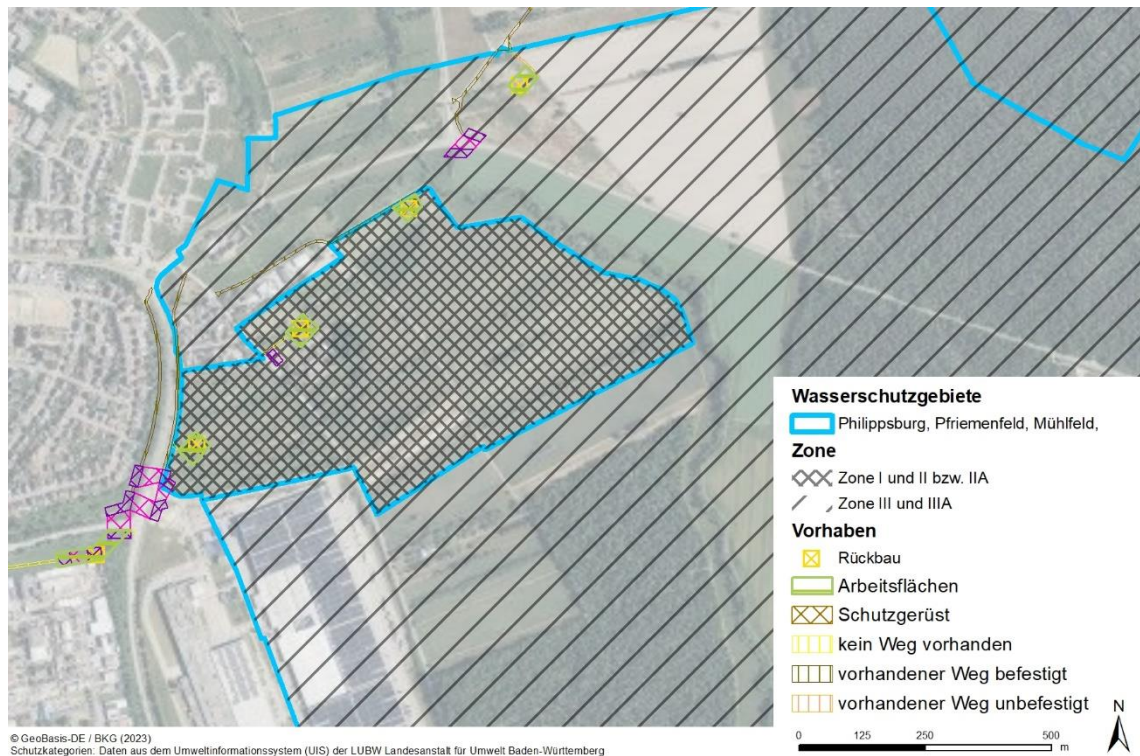


Abbildung 9: Vorhaben im Bereich des WSG Pfriemenfeld/Mühlfeld

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konflikts

Innerhalb der engeren Schutzzone liegen die drei Masten 086, 087 und 088 (Anlage 5100), die zurückgebaut werden, sowie deren Arbeitsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüste. In der weiteren Schutzzone befindet sich der Mast 089 (Anlage 5100), der auch zurückgebaut wird, sowie die zugehörigen Arbeitsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüste.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung gelten im Wasserschutzgebiet die Schutzbestimmungen der Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung (SchALVO). Diese beziehen sich insbesondere auf die ordnungsgemäße Landbewirtschaftung.

Gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung gelten für die engere und weitere Schutzzone, die Regelungen der §§ 5 bis 8. Davon sind hier insbesondere die folgenden Regelungen relevant:

- § 6 Schutzgebietsverordnung: Wassergefährdende Stoffe, Abwasser, Abfall
 1. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 25 WG außerhalb landwirtschaftlicher, gartenbaulicher und forstwirtschaftlicher Nutzung
 2. Versickern und Versenken von Abwasser
- § 7 Schutzgebietsverordnung: Bauliche Nutzungen:
 2. Baustelleneinrichtungen, Baustofflager und Wohnunterkünfte für Baustellenbeschäftigte
 3. Errichtung und Erweitern von sonstigen baulichen Anlagen

- 6. Neu-, Um- und Ausbau von Feld- und Waldwegen
- § 8 Schutzgebietsverordnung: Sonstige Nutzungen:
 - 1. Maßnahmen, die eine wesentliche Verminderung der Grundwasserneubildung oder des nutzbaren Dargebots zur Folge haben sowie Erschließen von Grundwasser (...)
- 13. Schmierstoffe im Bereich Verlustschmierung und Schalöle

Unter Berücksichtigung der folgenden Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Register 14.1) können die verbotenen Handlungen hinsichtlich ihrer negativen Wirkung bezüglich des Schutzzwecks weitgehend ausgeschlossen werden:

- Vermeidung der Einleitung von von belastetem Bauwasser (betrifft Rückbau)
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser

3.1.4 **Wasserschutzgebiet ZV Bodensee WV- Gemeinde Dettenheim, Linkenheim-Hochstetten**

Durch die Rechtsverordnung vom 28. März 1985 ist das Wasserschutzgebiet ZV Bodensee WV- Gemeinde Dettenheim, Linkenheim-Hochstetten festgesetzt zum Schutze des Grundwassers, welches den Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung (WSG-VO ZV Bodensee WV). Gemäß § 1 der Schutzgebietsverordnung bezieht sich der Schutzzweck auf das Grundwasser im Einzugsbereich der geplanten Trinkwassergewinnungsanlagen des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Wasserschutzgebietes

Die Freileitung überspannt das WSG *ZV Bodensee WV- Gemeinde Dettenheim, Linkenheim-Hochstetten*. Dabei befinden sich folgende Masten sowie die erforderlichen Arbeitsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüste im WSG:

Anlage 7520

Bestand, Zubeseilung: Maste 024 bis 027, 036 bis 044

Anlage 5100

Rückbau: Maste 048 bis 056, 058, 065 bis 068

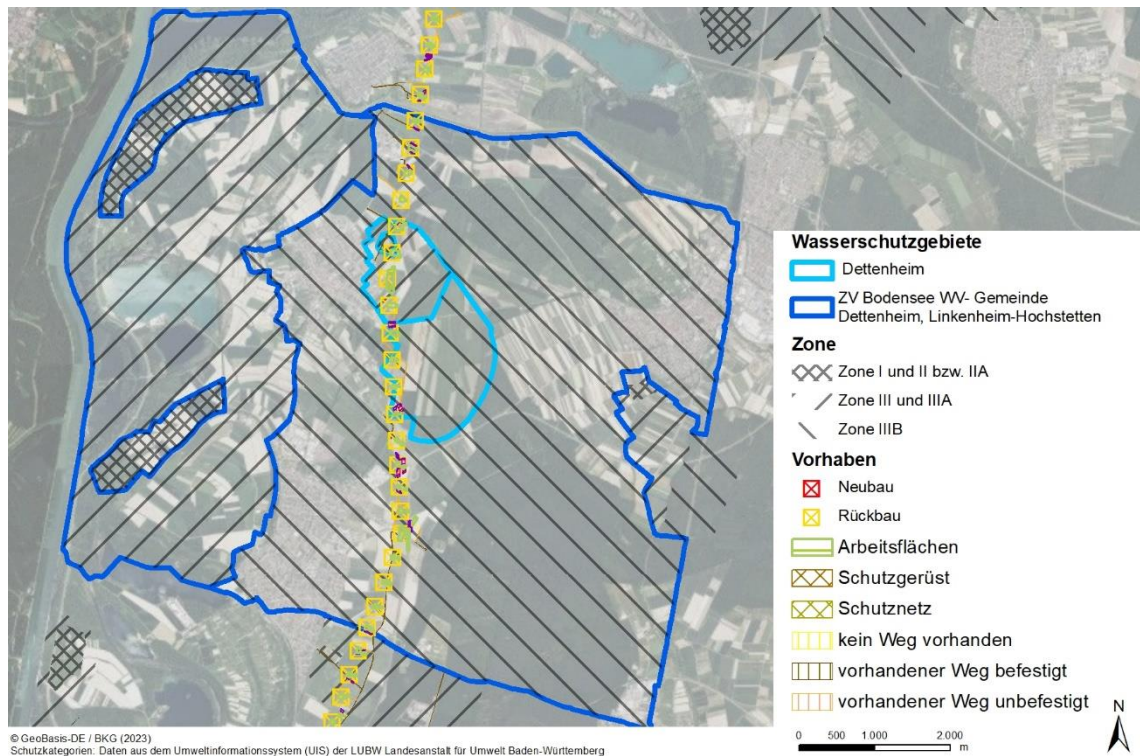


Abbildung 10: Vorhaben im Bereich des WSG Bodensee WW- Gemeinde Dettenheim, Linkenheim-Hochstetten

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konfliktes

Die vorhabenbedingten Eingriffe liegen innerhalb der weiteren Schutzzone B (Zone IIIB). In dieser Schutzzone ist nach § 3 der Schutzgebietsverordnung u.a. folgendes verboten:

2. Handlungen, die das Eindringen von Treibstoffen, Ölen, giftigen Stoffen, radioaktiven Stoffen, Trübungs-, Farb-, Geruchs- und Geschmacksstoffen oder anderen wassergefährdenden Stoffen in oberirdische Gewässer oder in das Grundwasser ermöglichen.
3. Das Versenken von Abwässern oder radioaktiven Stoffen.

Unter Berücksichtigung der folgenden Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Register 14.1) können die verbotenen Handlungen ausgeschlossen werden:

- Vermeidung der Einleitung von belastetem Bauwasser (betrifft Rückbau)
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser (betrifft Rückbau)

Dementsprechend stehen die innerhalb der Grenzen des WSG vorgesehenen Maßnahmen, die im Rahmen des hier beantragten Vorhabens erforderlich sind, nicht im Widerspruch zu dessen Rechtsverordnung.

3.2 Überschwemmungsgebiete

Bei Überschwemmungsgebieten handelt es sich gemäß § 76 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) um Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern und sonstigen Gebiete, die bei Hochwasser eines oberirdischen Gewässers überschwemmt bzw. durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden.

Das Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW) definiert in § 65 Abs. 1 WG BW, dass als festgesetzte Überschwemmungsgebiete folgende Gebiete gelten, ohne dass es einer weiteren Festsetzung bedarf:

1. Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Dämmen oder Hochufern,
2. Gebiete, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist, und
3. Gebiete, die auf der Grundlage einer Planfeststellung oder Plangenehmigung für die Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden.

Dementsprechend fallen die in den Hochwassergefahrenkarten dargestellten HQ₁₀₀-Flächen ohne weitere Verfahren oder Rechtsakte unter diesen Schutz als festgesetztes Überschwemmungsgebiet.

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist gemäß § 78 Abs. 4 WHG die Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) (u.a. öffentliche Versorgung mit Elektrizität (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)) untersagt.

Die Voraussetzungen für eine wasserrechtliche Genehmigung bezüglich der Errichtung oder Erweiterung von baulichen Anlagen im Einzelfall sind unter § 78 Abs. 5 WHG aufgeführt.

1. Eine Genehmigung kann erteilt werden, wenn das Vorhaben
 - a. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
 - b. den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,
 - c. den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und
 - d. hochwasserangepasst ausgeführt wird oder
2. die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können.

Grundsätzlich wird als Vermeidungsmaßnahme innerhalb von HQ₁₀₀-Überflutungsflächen, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist, festgelegt, dass keine abschwemmbaren Materialien gelagert werden dürfen (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 14.1). Nachfolgend sind die Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG dargestellt, die sich mit den Eingriffsflächen überschneiden.

Bei Eingriffsflächen, die eine Mindestfläche von 10 m² unterschreiten, ist davon auszugehen, dass es sich um eine gewisse Unschärfe, bei der Digitalisierung von Eingriffsflächen handelt, sodass eine Beeinträchtigung mit hinreichender Sicherheit auszuschließen ist.

3.2.1 Überschwemmungsgebiet an der Alb

Bei dem Überschwemmungsgebiet handelt es sich um eine HQ₁₀₀-Fläche, die sich entlang der Alb bzw. dem Hauptsammelkanal erstreckt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Überschwemmungsgebietes

Im Bereich des Überschwemmungsgebietes entlang der Alb kommt es zu Eingriffen durch Arbeitsflächen, Zuwegung, Schutzgerüste, Schutzstreifen und Neubau sowie Rückbau von Masten. Abbildung 11 und 12 stellen die relevanten Bereiche dar.

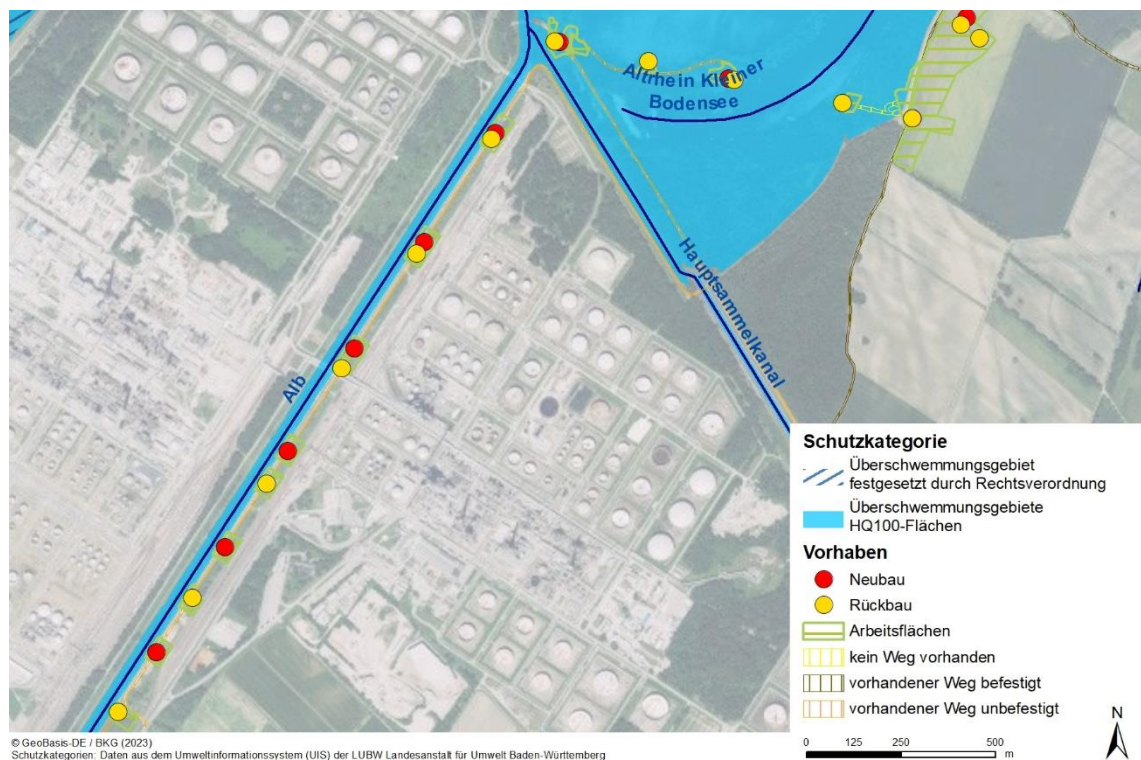


Abbildung 11: Überschwemmungsgebiet an der Alb (nördlicher Teil) im Bereich des Vorhabens

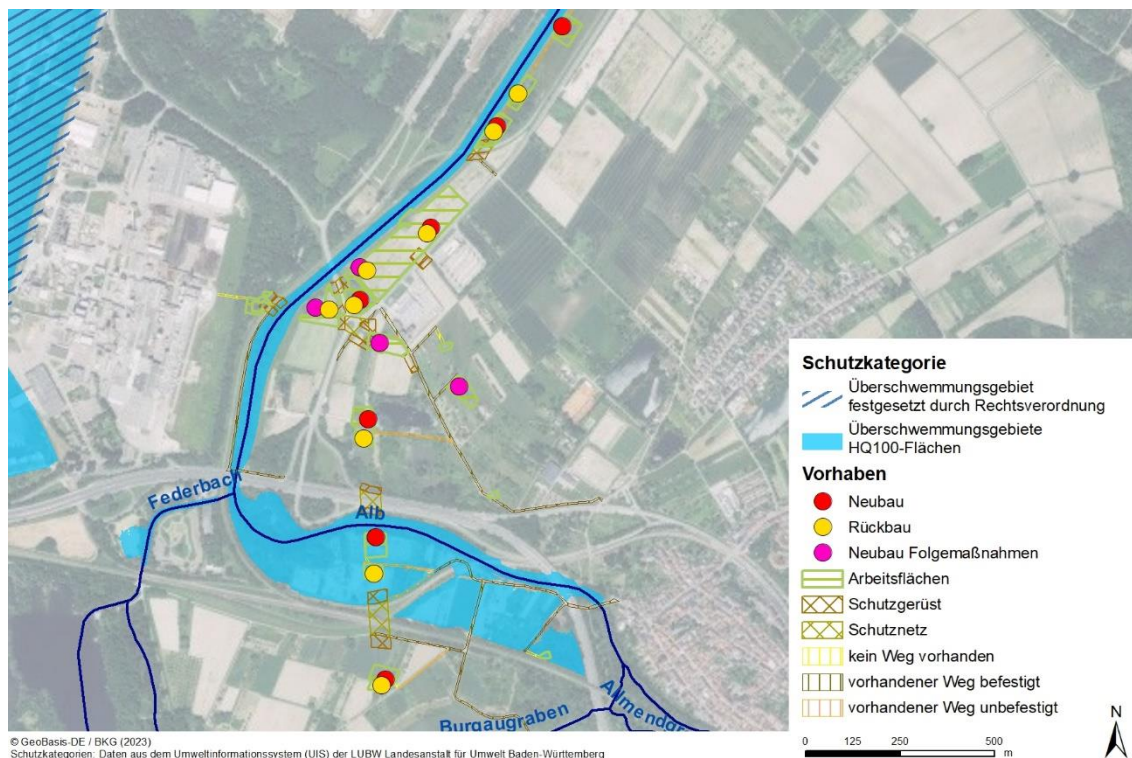


Abbildung 12: Überschwemmungsgebiet an der Alb (südlicher Teil) im Bereich des Vorhabens

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konflikts

Innerhalb des Überschwemmungsgebiets liegen temporäre Eingriffsflächen in Form von Arbeitsflächen, Zuwegungen und Schutzgerüsten. Die Zuwegungen liegen zumeist auf vorhandenen Wegen. Teilweise erfolgt eine Auslegung mit Lastverteilungsplatten oder Geotextil mit Schotterung. Zudem liegen Arbeitsflächen und Schutzgerüste im Bereich des Überschwemmungsgebiets. Für die Schutzgerüste ist im Fachbeitrag WRRL (Register 14.1) als Vermeidungsmaßnahme festgelegt, dass sie so zu verankern sind, dass sie Überschwemmungen im Fall von Hochwasserereignissen während der Bauzeit standhalten und es bei der Installation nicht zu einem Abschwemmen ins Gewässer kommt (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 14.1). Im Bereich der Arbeitsflächen sind bei Ankündigung von Starkregenereignissen oder Schlechtwetterperioden alle Fahrzeuge, Geräte sowie Lagerbehälter aus dem Überschwemmungsgebiet zu entfernen (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 14.1).

Zudem sind als dauerhafte Eingriffe der Neubau und der Rückbau von jeweils einem Masten sowie die Anlage eines Schutzstreifens zu berücksichtigen. Bezüglich des Retentionsraums führt der Rückbau zu einer geringen Erhöhung von 0,2 m³ und der Neubau zu einer geringen Verringerung des Retentionsvolumens von 2,83 m³ (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Berechnung zu Retentionsraum bei Überschwemmungsgebiet an der Alb

Anlage	Mast	Maßnahme	Fundamentkopf Ø [m]	FK-Höhe über EOK [m]	Überflutungstiefe [m]	Überflutungsvolumen Gesamt [m³]	Retentionsraumverlust / -gewinn [m³]
7100	010A	Neubau	1,50	0,40	0,40	2,83	-2,83
5100	010	Rückbau	0,80	0,40	0,10	0,20	0,20

Die Schutzstreifen haben einen regelmäßigen Rückschnitt zur Folge, der nicht im Widerspruch zu dem Schutz der Überschwemmungsgebiete steht. Insgesamt ist davon auszugehen, dass hinsichtlich der dauerhaften Eingriffe keine Beeinträchtigungen verbleiben.

Unter der Voraussetzung einer hochwasserangepassten Bauweise des Masten Nr. 010A (Anlage 7100) sowie des Ausgleichs des Retentionsraumverlustes von 2,63 m³ (vgl. Tabelle 7) über das kommunale Ausgleichskonto für Retentionsraumverluste ist eine Beeinträchtigung der Hochwasserrückhaltung im Bereich des Überschwemmungsgebiets an der Alb nicht zu erwarten. Es kommt nicht zu einem Verlust von Retentionsraum, der Wasserstand und der Abfluss bei Hochwasser verändern sich nicht nachteilig und der bestehende Hochwasserschutz wird nicht beeinträchtigt. Aufgrund dessen sind aus fachgutachterlicher Sicht die Voraussetzungen für die Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung gemäß § 78 Abs. 5 WHG gegeben.

3.2.2 Überschwemmungsgebiet am Altrhein Kleiner Bodensee

Bei dem Überschwemmungsgebiet handelt es sich um eine HQ₁₀₀-Fläche, die sich entlang des Altrhein Kleiner Bodensee erstreckt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens

Innerhalb des Überschwemmungsbereichs sind Arbeitsflächen, Zuwegungen, Schutzstreifen und Neubau sowie Rückbau erforderlich. Abbildung 13 stellt den relevanten Bereich dar.

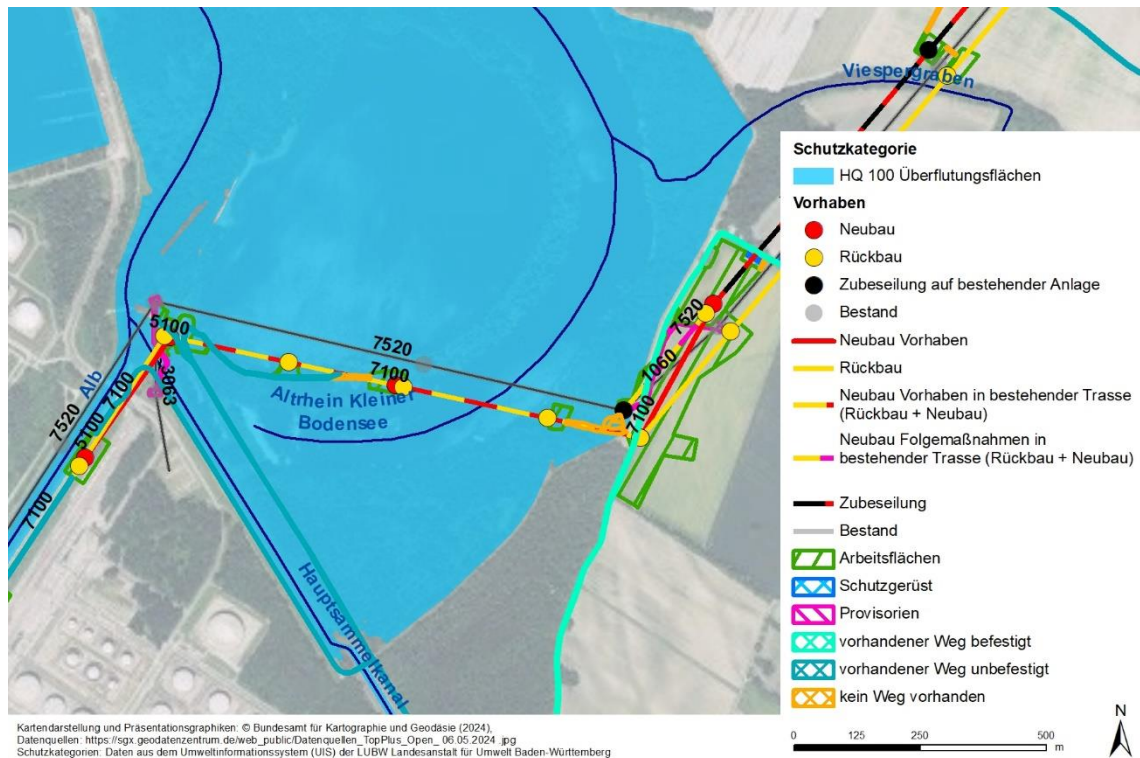


Abbildung 13: Überschwemmungsgebiet am Altrhein Kleiner Bodensee im Bereich des Vorhabens

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konflikts

Es sind bauzeitliche Eingriffe in Form von Arbeitsflächen und Zuwegung sowie die Lagerung von Stoffen und Material erforderlich. Im Bereich der Arbeitsflächen sind bei Ankündigung von Starkregenereignissen oder Schlechtwetterperioden alle Fahrzeuge, Geräte sowie Lagerbehälter aus dem Überschwemmungsgebiet zu entfernen (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 14.1).

Dauerhaft wird innerhalb des hier betrachteten Überschwemmungsgebiets zwei Masten neu gebaut und es werden vier Masten zurückgebaut. Dadurch wird das Retentionsvolumen geringfügig verändert. Die Berechnung bezüglich der vorhabenbedingten Veränderung des Retentionsraums ist in Tabelle 8 aufgeführt. Durch den Rückbau werden insgesamt 40,46 m³ Retentionsraum gewonnen. Der Neubau von zwei Masten führt zu einem Verlust von insgesamt 68,93 m³. Damit kommt es zu einer Verringerung des Retentionsraums von 28,47 m³.

Tabelle 8: Berechnung zu Retentionsraum bei Überschwemmungsgebiet an der Alb

Anlage	Mast	Maßnahme	Fundamentkopf Ø [m]	FK-Höhe über EOK [m]	Überflutungstiefe [m]	Überflutungsvolumen Gesamt [m³]	Retentionsraumverlust / -gewinn [m³]
5100	1006	Rückbau	0,60	1,90	1,20	1,36	1,36
5100	022	Rückbau	0,60	5,40	3,30	3,73	3,73
7100	022A	Neubau	1,80	5,40	3,30	33,59	-33,59
5100	1005	Rückbau	0,90	2,90	2,20	5,60	5,60
7100	021A	Neubau	2,50	3,40	1,80	35,34	-35,34
5100	021	Rückbau	2,70	3,40	1,30	29,77	29,77

Zudem ist innerhalb des Schutzstreifen ein Rückschnitt erforderlich, der für die Funktion des Überschwemmungsgebiets nicht von Bedeutung ist.

Unter der Voraussetzung einer hochwasserangepassten Bauweise der Masten Nr. 021A und 022A (Anlage 7100) sowie des Ausgleichs des Retentionsraumverlustes von 28,47 m³ (vgl. Tabelle 8) über das kommunale Ausgleichskonto für Retentionsraumverluste ist eine Beeinträchtigung der Hochwasserrückhaltung im Bereich des Überschwemmungsgebiets am Altrhein Kleiner Bodensee nicht zu erwarten. Ein Verlust von Retentionsraum wird ausgeglichen, der Wasserstand und der Abfluss bei Hochwasser verändern sich nicht nachteilig und der bestehende Hochwasserschutz wird nicht beeinträchtigt. Aufgrund dessen sind aus fachgutachterlicher Sicht die Voraussetzungen für die Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung gemäß § 78 Abs. 5 WHG gegeben.

3.2.3 Überschwemmungsgebiet am Pfinz-Entlastungskanal

Bei dem Überschwemmungsgebiet handelt es sich um eine HQ₁₀₀-Fläche, die sich entlang des Pfinz-Entlastungskanals erstreckt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Hochwasser

Innerhalb des Überschwemmungsgebiets sind Arbeitsflächen und Schutzgerüste während der Bauzeit erforderlich. Abbildung 14 stellt den relevanten Bereich dar.

Darstellung des wasserschutzrechtlichen Konflikts

Die bauzeitliche Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen und Schutzrüste innerhalb des Überschwemmungsgebiets ist auf einem Randbereich an der Böschungsoberkante des Pfinz-Entlastungskanals vorgesehen. Unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen, dass bei Ankündigung von Starkregenereignissen oder Schlechtwetterperioden

alle Fahrzeuge, Geräte sowie Lagerbehälter aus dem Überschwemmungsgebiet zu entfernen sind und dass Schutzgerüste so verankert werden müssen, dass sie im Fall von Überschwemmungen bei Hochwasserereignissen während der Bauzeit standhalten und bei der Installation Erosionen ins Gewässer vermieden werden (vgl. Vermeidungsmaßnahme 4 in Register 14.1), ist nicht von Beeinträchtigungen bezüglich der Hochwasserrückhaltung auszugehen.

Nachteilige Auswirkungen auf die Hochwasserrückhaltung sind im Bereich des Überschwemmungsgebietes am Pfinz-Entlastungskanal nicht zu erwarten, da es nicht zu einem Verlust von Retentionsraum kommt, sich der Wasserstand und der Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert und der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird. Aufgrund dessen sind aus fachgutachterlicher Sicht die Voraussetzungen für die Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung gemäß § 78 Abs. 5 WHG gegeben.

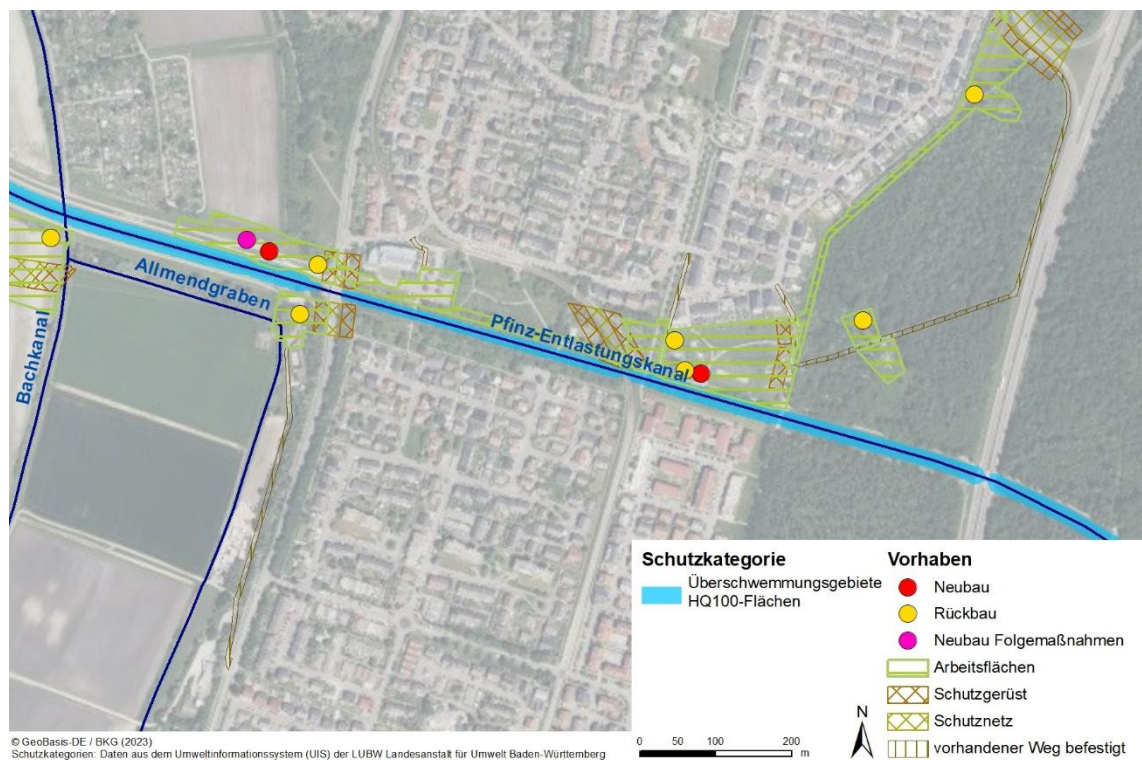


Abbildung 14: Überschwemmungsgebiet am Pfinz-Entlastungskanal im Bereich des Vorhabens

3.2.4 Überschwemmungsgebiet am Saalbachkanal

Am Saalbachkanal überschneidet sich ein Überschwemmungsgebiet mit einem Schutzstreifen des Vorhabens auf einer Fläche von etwa 459 m². Es wird hier ein regelmäßiger Rückschnitt erforderlich. Hiervon gehen keine Beeinträchtigungen für das Überschwemmungsgebiet aus.

3.3 Gewässerrandstreifen

Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 38 Abs. 2 S. 1 WHG umfasst der Gewässerrandstreifen das Ufer und den Bereich, der an das Gewässer landseits des Mittelwasserstandes angrenzt. Seine Funktion ist nach § 38 Abs. 1 WHG die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktion oberirdischer Gewässer und der Wasserspeicherung, die Sicherung des Wasserabflusses sowie die Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen. Im Außenbereich umfasst dieser eine Breite von zehn Metern und im Innenbereich von fünf Metern (§ 29 Abs. 1 WG BW). Innerhalb der Gewässerrandstreifen sind nach § 38 Abs. 4 WHG bzw. § 29 Abs. 2 u. 3 WG BW u.a. das Entfernen standortgerechter Bäume und Sträucher, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Errichtung von baulichen sowie sonstigen Anlagen verboten.

Die zuständige untere Wasserbehörde kann von den Verboten eine Befreiung erteilen, insofern die Maßnahme aus überwiegenden Gründen des Wohls der Allgemeinheit erforderlich ist (§ 38 Abs. 5 WHG).

Betroffenheit im Rahmen des Vorhabens

In ArcGIS wurde unter Zuhilfenahme verschiedener Grundlagen wie dem Fließgewässernetz (AWGN), den stehenden Gewässern (AWGN) und Gewässerbiotopen aus eigener Kartierung im Jahr 2022 jeweils ein 10 m-Puffer erstellt und anschließend zusammengeführt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich nicht um eine offizielle Abgrenzung der unteren Wasserbehörde handelt. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass sie bspw. aufgrund örtlicher topographischer Begebenheiten fehlerhaft sein kann. Dennoch ist im Rahmen der Betrachtung, an welchen Stellen Gewässerrandstreifen von Eingriffen betroffen sein können, eine Annäherung erforderlich.

Innerhalb des Planfeststellungsabschnitts ist an den in Tabelle 9 aufgeführten Stellen ein temporärer Eingriff im Gewässerrandstreifen erforderlich. Die Betroffenheit beschränkt sich jeweils auf randliche Bereiche und ergibt sich beispielsweise aus der Lage von Bestandsmasten im Gewässerrandstreifen.

Innerhalb der Gewässerrandstreifen sind lediglich baubedingte Wirkungen durch Arbeitsflächen, Zuwegungen, Schutzgerüste und Provisorien zu erwarten, somit sind dauerhafte bauliche Anlagen im Gewässerrandstreifen nicht Teil des Vorhabens. Es ist davon auszugehen, dass punktuell Eingriffe in standortgerechte Bäume und Sträucher erforderlich sind. Hierbei wurden grundsätzlich, soweit möglich, Eingriffe in Gewässerrandstreifen vermieden. Falls eine Erforderlichkeit besteht, sind sie auf ein absolut notwendiges Mindestmaß reduziert worden. Zudem ist an einzelnen Maststandorten von relativ geringen Bauzeiten auszugehen. Nach Umsetzung des Vorhabens erfolgt eine Wiederherstellung von in Anspruch genommenen Flächen. Im Rahmen des Eingriffs wird die

Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen nicht gefährdet. Hierbei ist die Anlageverordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu beachten (AwSV). Folgende Vermeidungsmaßnahmen wurden dahingehend festgelegt (vgl. Register 14.1):

- Schutzmaßnahmen aufgrund Lage innerhalb HQ₁₀₀-Überflutungsflächen und Gewässerrandstreifen
- Vermeidung der Einleitung von belastetem Bauwasser
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder ins Grundwasser

Es ist somit davon auszugehen, dass die Umsetzung des Vorhabens bei Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen mit dem Schutzzweck der Gewässerrandstreifen gemäß § 38 WHG vereinbar ist.

Zwingende Gründe überwiegend öffentlichen Interesse

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Der Anlage hierzu die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs zugeschrieben. Die Realisierung dieses Vorhabens ist ferner aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich (§ 1 Abs. 1 Satz 2 BBPlG).

Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten. Demnach werden mit der vorgesehenen Netzverstärkung und der Erneuerung der Versorgungsinfrastruktur der 380-kV-Netzverstärkung Weinheim - Karlsruhe Überlastungen, die aus den zu erwartenden Leistungsflüssen im Zuge der Energiewende in Süddeutschland resultieren, vermieden und die Nord-Süd-Achse deutlich gestärkt. Somit leistet dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe.

Notwendigkeit

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten. Demnach werden mit der vorgesehenen Netzverstärkung und der Erneuerung der Versorgungsinfrastruktur der 380-kV-Netzverstärkung Weinheim - Karlsruhe Überlastungen, die aus den zu erwartenden Leistungsflüssen im Zuge der Energiewende in Süddeutschland resultieren, vermieden und die Nord-Süd-Achse

deutlich gestärkt. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei. Das Vorhaben ist in unter Nr. 19 der Anlage zum BBPlG aufgeführt und somit Bestandteil des Bundesbedarfsplan. Es besteht demnach gemäß § 1 Abs. 1 BBPlG die energiewirtschaftliche Notwendigkeit.

Antrag auf Befreiung

Es wird gemäß § 38 Abs. 5 WHG eine Befreiung von den Verboten bezüglich der Entfernung von Bäumen und Sträuchern und dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 29 Abs. 2 u. 3 WG BW und § 38 Abs. 4 WHG beantragt.

Tabelle 9: Eingriffsfläche im Gewässerrandstreifen

Gewässertyp	Gewässer-name	Gewässer ID / SEE ID	Betroffenheit	Dauer	Verwaltungseinheit
Fließgewässer	Abzugsgraben	18438	Arbeitsfläche	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Alb	10609	Provisorien, Arbeitsfläche, Schutzgerüst, Zuwegung	temporär	Stadt Karlsruhe
Fließgewässer	Allmendgraben	18067	Arbeitsfläche, Zuwegung	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Alter Federbach	2567	Arbeitsfläche, Provisorien (BEK), Zuwegung	temporär	Stadt Karlsruhe
Stehendes Gewässer/Fließgewässer	Altrhein Kleiner Bodensee	18068	Arbeitsflächen, Zuwegung	temporär	Landkreis Karlsruhe, Stadt Karlsruhe
Fließgewässer	Auschlut	18477	Arbeitsflächen,	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Bachkanal	2458	Arbeitsflächen, Zuwegung, Schutzgerüst	temporär	Landkreis Karlsruhe
Stehendes Gewässer	Baggersee Balkert	9096	Arbeitsflächen, Zuwegung	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Bruchgraben	2471	Arbeitsflächen	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Erlenbruchgraben	10534	Arbeitsfläche, , Schutzgerüst	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Erlengraben	2472	Arbeitsfläche	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Hauptsammelkanal	10521	Arbeitsfläche, Zuwegung, Provisorien	temporär	Stadt Karlsruhe
Fließgewässer	Neuer Federbach	2608	Arbeitsfläche, Zuwegung, Schutzgerüst	temporär	Stadt Karlsruhe
Fließgewässer	NN-AV6	10462	Arbeitsfläche, Zuwegung	temporär	Landkreis Karlsruhe
Stehendes Gewässer	NN-FNY	5779	Arbeitsfläche, Zuwegung	temporär	Stadt Karlsruhe
Fließgewässer	Pfinz	14613	Arbeitsfläche, Zuwegung	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Pfinz-Entlastungskanal	2518	Arbeitsfläche, Schutzgerüst	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Rheinniedrungskanal	2446	Arbeitsfläche, Zuwegung	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Scheidgraben	10534	Arbeitsfläche, Zuwegung, Schutzgerüst	temporär	Landkreis Karlsruhe
Fließgewässer	Viespergraben	18088	Arbeitsfläche, Zuwegung	temporär	Stadt Karlsruhe

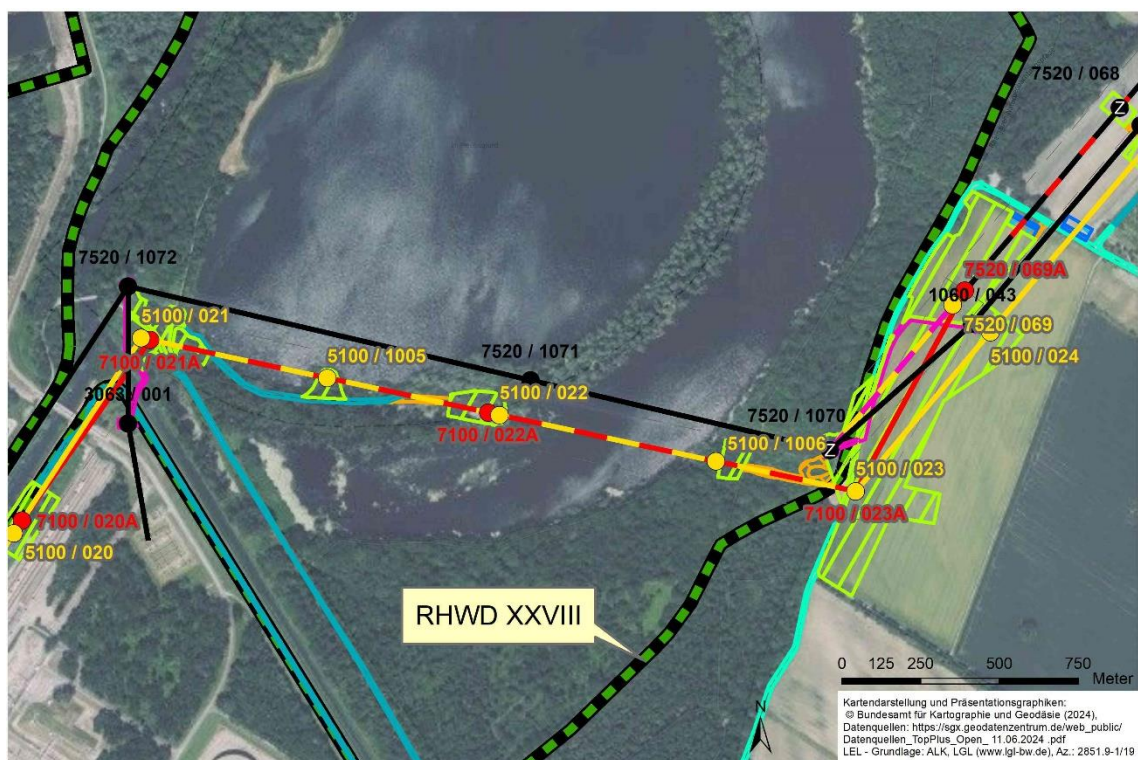
3.4 Dammschutzverordnung

Auf Grund von §§ 75 und 95 Abs. 2 Nr. 2 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg, i.d.F. v. 01.07.1988 (GBl. S.269), hat das RP Karlsruhe zur Sicherung und Erhaltung der Schutzdämme am Rhein und an der Mündungstrecke des Neckars im Mai 1993 eine Verordnung erlassen (Dammschutzverordnung), zuletzt geändert mit Verordnung vom 28. Januar 2021.

Schutzgegenstand sind aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Hochwasserschutzes, die im Regierungsbezirk Karlsruhe gelegenen Schutzdämme am Rhein und an der Mündungstrecke des Neckar (Hauptdämme) gegen Beschädigung.

Im Bereich Kleiner Bodensee, am klassifizierten Rheinhochwasserdamm (RHWD) XXVIII, ist es nötig für die Zufahrt zu den Maststandorten 5100/1006 und 7520/1070 den Hochwasserdamm zu befestigen (schottern).

Im Bereich der Querung Kleiner Bodensee kommt es zum Rückbau der bestehenden 220-kV-Maste 023, 022 und 021 der Anlage 5100, um ausreichend Platz für den Neubau von Mast 023A, 022A und 021A der Anlage 7100 zu schaffen (siehe Abbildung 15, oberes Bild Übersicht Querung kleiner Bodensee, unteres Bild Detaildarstellung bauzeitliche Vorhabenflächen im südöstlichen Bereich). Des Weiteren werden die Masten 5100/1006 und 5100/1005 zurückgebaut, weil die höheren Neubaumaste der Anlage 7100 größere Spannfeldlängen ermöglichen, sodass diese beiden Standorte nicht mehr benötigt werden.



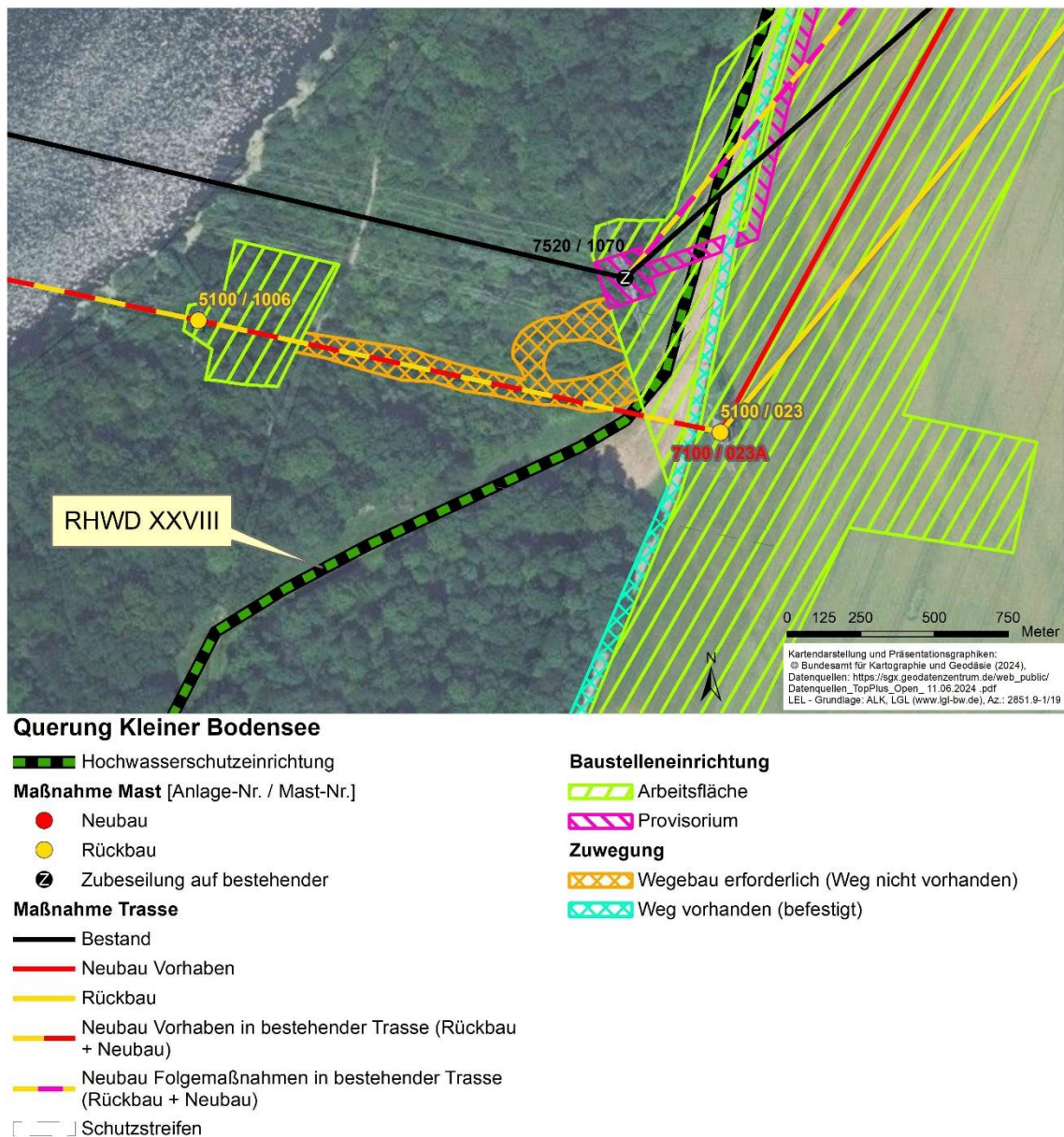


Abbildung 15: Lagebild zum Vorhaben im Bereich Querung Kleiner Bodensee: oberes Bild Übersicht Querung kleiner Bodensee, unteres Bild Detaildarstellung bauzeitliche Vorhabenflächen im südöstlichen Bereich

§ 4 der Dammschutzverordnung besagt, dass das Anlegen von Überfahrten der Genehmigung der Wasserbehörde bedarf. Überfahrten sind grundsätzlich über Dammkronenhöhe anzulegen und so zu befestigen, dass durch die Befestigung kein Einschnitt in den Dammkörper entstehen kann.

Des Weiteren sind nach § 5 Abs. 1 Dammschutzverordnung Handlungen verboten, die den Bestand oder die Sicherheit der Dämme gefährden könnten. § 5 Abs. 2 führt verbotene Handlungen auf, die durch das Vorhaben jedoch bauzeitlich eintreten werden. Folgende Verbote sind betroffen:

1. Grabungen, Bohrungen, Rammungen, das Verlegen unterirdischer Leitungen, sonstige **Erdarbeiten und bauliche Maßnahmen**;
5. **Fahrzeugverkehr auf den Dammkronen** und Bermenwegen mit Ausnahme des Radfahrens;
6. **das Befahren der Dammböschungen** mit Ausnahme der besonders ausgelegten Überfahrten;
10. das **Abstellen von Fahrzeugen und das Lagern von Geräten und Material**.

§ 9 der Dammschutzverordnung eröffnet die Möglichkeit einer Befreiung von den Vorschriften dieser Verordnung durch die untere Wasserbehörde, z.B. wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern. Hierzu gab es Vorabstimmungen mit dem Landesbetrieb Gewässer (RP Karlsruhe), wo bereits Auflagen vorabgestimmt wurden (insbesondere Einschaltung eines Geotechnikers mit Referenzen im Deich-/Dammbau, Hochwasseralarmplan).

Vorhaben 19 hat aufgrund seiner energiewirtschaftlichen Notwendigkeit zur Erreichung der Ausbauziele für die erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse, siehe § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ergibt. Für das Vorhaben ist die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs durch die Aufnahme in den Bundesbedarfsplan festgestellt. Die Realisierung dieses Vorhaben ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Damit können Gründe des Wohls der Allgemeinheit zur Befreiung von den Verboten der Dammschutzverordnung geltend gemacht werden.

Hiermit wird nach § 4 der Dammschutzverordnung beantragt, den Hochwasserschutzdamm als Überfahrt zu den Arbeitsflächen an den Maststandorten 5100/1006 und 7520/1070 benutzen zu dürfen und entsprechend zu befestigen. Des Weiteren wird nach § 9 Dammschutzverordnung Befreiung von o.g. Verboten nach § 5 Dammschutzverordnung beantragt.

4 Literatur und Quellen

4.1 Fachliteratur

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG (2020): Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgutgesetzes. Drucksache 16/8272 vom 17.06.2020.

UM BW - MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT BADEN-WÜRTTEMBERG (2021a): Vollzugshilfe zur Anwendung des § 33a NatSchG (Erhaltung von Streuobstbeständen) - Fachliche Hinweise des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Anerkennung der Pflege von Streuobstbeständen einschließlich ihres Unterwuchses als naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme vom 5. Oktober 2011. Stuttgart den 03.03.2021. 7 Seiten.

UM BW - MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT BADEN-WÜRTTEMBERG (2021b): weitere Hinweise zur Anwendung des §33a NatSchG (Erhaltung von Streuobstbeständen). Stuttgart den 01.04.2021. 3 Seiten.

4.2 Rechtsgrundlagen und Urteile

Erste kreisweite Sammelverordnung des Landratsamtes Karlsruhe als untere Naturschutzbehörde zum Schutz von Naturdenkmalen im Landkreis Karlsruhe vom 09. März 1987.

Rechtsverordnung des Landratsamtes Karlsruhe zum Schutze der Grundwasserfassungen der Gemeinde 7515 Linkenheim-Hochstetten vom 7. Juni 1979.

Baugesetzbuch (BauGB): in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394).

Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG): Gesetz über den Bundesbedarfsplan vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151).

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 153).

Rechtsverordnung des Landratsamtes Karlsruhe zum Schutze des Grundwassers für die Wassergewinnungsanlage des Zweckverbandes Wasserversorgung Liedolsheim-Rußheim auf Gemarkung Liedolsheim, Gewann "Hohwegäcker", Landkreis Karlsruhe vom 8. Mai 1967.

Verordnung des Landratsamtes Karlsruhe - als untere Naturschutzbehörde - zum Schutze von Landschaftsteilen im Landkreis Karlsruhe (Abschnitt I) vom 15.10.1962. Sammelverordnung für die LSG 7.12 bis 7.24, zuletzt geändert durch die Verordnung des Landratsamtes Karlsruhe vom 16.12.1987.

Verordnung des Landratsamtes Karlsruhe zum Schutze des Grundwassers, das den geplanten Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung, Rechtsnachfolger der Fernwasserversorgung Rheintal, auf den Gemarkungen des Ortsteils Friedrichstal der Gemeinde Stutensee, der Ortsteile Graben und Neudorf der Gemeinde Graben-Neudorf, der Ortsteile Rußheim und Liedolsheim der Gemeinde Dettenheim, der Ortsteile Linkenheim und Hochstetten der Gemeinde Linkenheim-Hochstetten und der Stadt Philippsburg zuströmt vom 28.03.1985.

Verordnung des Landratsamts Karlsruhe zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage "Pfriemenfeld/Mühlfeld" der Stadt Philippsburg vom 30.07.1998.

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Burgau" im Stadtkreis Karlsruhe vom 02.11.1989 (GBl. v. 15.12.1989, S. 511).

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet "Altrhein Kleiner Bodensee" vom 13. Juni 1985 (GBl. v. 15.08.1985, S. 246).

Dammschutzverordnung: Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Sicherung der Erhaltung der Schutzdämme am Rhein und an der Mündungsstrecke des Neckars vom 12. Mai 1993, zuletzt geändert am 28. Januar 2021.

Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 905), zuletzt geändert durch Artikel 256 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328).

Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz (LLG): Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz (LLG) vom 14. März 1972, zum 23.03. 2021 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe, letzte berücksichtigte Änderung: mehrfach geändert, § 16 neu gefasst und §§ 8a, 17a bis 17d neu eingefügt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2020 (GBl. S. 651, 654).

Naturschutzgesetz (NatSchG BW): Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft vom 23. Juni 2015 (GBl. 2015, S. 585), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26, 44).

Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG): vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151).

Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung (SchALVO): Verordnung des Umweltministeriums über Schutzbestimmungen und die Gewährung von Ausgleichsleistungen in Wasser- und Quellenschutzgebieten (Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung) vom 20.02.2001.

Waldgesetz für Baden-Württemberg (LWaldG BW): in der Fassung vom 31. August 1995 (GBl. Nr. 27, S. 685), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes am 07. Februar 2023 (GBl. S. 26,44).

Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW): vom 03.12.2013 (GBl. S. 389), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26).

Wasserhaushaltsgesetz (WHG): Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409).

Wasserhaushaltsgesetz (WHG): Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S.2585), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176).